Lebensschutz-Informationen
LSI



Stimme des Gewissens

Herausgeber: COLLEGIUM HUMANUM Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V. (vormals WSL-D)

37. Jahrgang Nr. 6 November / Dezember 2006

**Ein Jahr neigt sich dem Ende zu.
Es brachte vielerlei Um- und Aufbrüche.
Durchhalten ist die Parole für 2007.
Dazu wünschen wir allen Lesern
Viel Kraft und Hoffnungsmut.**

Vom jüdischen zum deutschen Jahrhundert

Der Historiker **Yuri Slezkine** – russisch-jüdischer Herkunft – nennt das 20. Jahrhundert **„Das jüdische Jahrhundert"**, wie auch sein 2006 auf deutsch erschienenes Buch betitelt ist. Betrachten wir unter diesem Aspekt die Ereignisse des 20. Jahrhunderts.

Bereits im ersten Jahrzehnt wird eine geheimnisumwitterte Anweisung bekannt, wie die jüdische Weltherrschaft zu erreichen sei, genannt: **Die Protokolle der Weisen von Zion**. Rückblickend wird die Frage „echt oder unecht?" gegenstandslos. Diese Protokolle liegen vor, und was dort als Mittel zum Zweck dargestellt wird, wurde Schritt für Schritt und sehr erfolgreich eingeleitet und durchgeführt.

Dann folgt als zweites, welterschütterndes Ereignis die russische Revolution, basierend auf dem Marxismus, und wird in Rußland unter Mitwirkung einer Vielzahl von Juden durchgeführt. Slezkine weist hin auf eine *„auffällig überproportionale Teilnahme und Teilhabe von Juden bzw. von Menschen jüdischer Herkunft an herausragenden Bereichen von Staat, Gesellschaft und Kultur der Sowjetunion."* (a.a.O. S. 7)

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts wird ausgefüllt von dem dreißigjährigen Weltkrieg. Es gelang den Juden – verstreut in der ganzen Welt – als Medien- und Bankbesitzer die große Mehrzahl der Völker für die Beteiligung an diesem Krieg zu gewinnen. War das im Ersten Weltkrieg noch verdeckt, so wurde es 1933 schon ganz deutlich ausgesprochen.

Wie allgemein bekannt, folgte bereits am 24. März 1933 in einem aufsehenerregenden Leitartikel des Daily Express die Kriegserklärung Judäas an Deutschland. (Die Überschrift des Artikels hieß *„Judea declares war on Germany".*) Dieser Kriegserklärung schloß sich ein weltweiter Wirtschaftsboykott gegen Deutschland an.

Am 3. September 1939 erklärte der Präsident der Jewish Agency Chaim Weizman im Zusammenhang mit der englischen Kriegserklärung an Deutschland: *„Dies ist unser Krieg"*, und wiederholte das noch einmal am 3. Dezember 1942 in einer Rede in New York:

> *„Dieser Krieg ist unser Krieg! Wir leugnen es nicht und haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist und zur Befreiung des Judentums geführt wird."*

Am 17. August 1933 hatte bereits in der New York Times ein Bericht über einen Vortrag von Samuel Untermeyer gestanden, über einen *„heiligen Krieg im Namen der Menschheit"*, in dem sich die Judenheit befände.

Am Ende dieses *„Heiligen Krieges“* wurde das Internationale Militärtribunal erfunden, um die Deutschen als Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen den Frieden zu brandmarken und ihre politischen wie militärischen Führer, derer man habhaft geworden war, aufzuhängen. Das geschah vor genau 60 Jahren.

Den Deutschen wurde der Holocaust zur Last gelegt und Wiedergutmachung auf Grund einer untilgbaren Schuld in alle Ewigkeit auferlegt. Um dieses abzusichern, wurde die Umerziehung, der größte und erfolgreichste Propagandafeldzug, durchgeführt.

Und die Deutschen büßen und zahlen!

Es gelang in diesem Jahrhundert den Zionisten – allen voran Nahum Goldmann – mit diesen Mitteln den Staat Israel zu begründen und aufzubauen, zugleich wurde aber auch ein anderes Land erworben: *„Israel“* – sagt 2006 Gerard Menuhin – *„besitzt schon seit langem ein Reich, es heißt Amerika“.* (Rede vom 14.10.2006 *„Wer die Wahrheit kennt...“*, S. 6)

Gegen Ende des 20. Jahrhundert ist dieses USrael die einzige Supermacht, und die Eine-Welt-Herrschaft, genannt Globalisierung, ist nahezu vollendet. Slezkine kann völlig zurecht von einem jüdischen Jahrhundert sprechen. Doch dieses ist nun abgeschlossen, und es stellt sich die Frage: Was kann danach kommen?

Offenbar haben die Juden im deutschen Volk ihren gefährlichsten Gegner erkannt. Die deutsche Mystik, der deutsche Idealismus, der Goetheanismus und die Anthroposophie sind der Gegenpol zum Judaismus. Angesichts der erdrückenden Welt-Geld-Herrschaft am Ende dieses jüdischen Jahrhunderts könnten wir nur anerkennend Karl Marx zustimmen, wenn er sagt: *„Der Gott der Juden hat sich verweltlicht, er ist zum Weltgott geworden. ... Das Geld ist der eifrige Gott Israels, vor welchem kein anderer Gott bestehen darf. Das Geld erniedrigt alle Götter des Menschen – und verwandelt sie in eine Ware.“* (Karl Marx, Zur Judenfrage, die Frühschriften nach Kröner, S. 204)

Diese Geldherrschaft, die alles Lebendige unterdrückt und zerstört, muß überwunden und abgeschüttelt werden. Das ist Aufgabe des deutschen Geistes, die dieser nicht vollendet hat. Das jüdische Jahrhundert hat seine volle Ausbildung und damit sein Ende erreicht. Das neue, das 21. Jahrhundert, kann nur

das deutsche Jahrhundert sein.

Worauf gründet sich eine solche als vermessen oder auch anmaßend anmutende Behauptung?

Aus dem Gottesdienst des Deutschlandfunkes am Sonntag, den 5. November 2006 war zu hören: Alle Völker haben ihre Schuldenlasten: die Amerikaner den Völkermord an den Indianern und Hiroshima, die Briten die Schrecken ihrer Kolonialpolitik, Burenkrieg usw., die Franzosen und Belgier desgleichen in Mittel- und Nordafrika, die Russen die Vernichtung der ukrainischen Bauern neben vielen anderen, die Türken den Genozid an den Armeniern, die Schweden die Auslieferung der deutschen Soldaten sowie deren lettische und estnische Verbündete an die Russen, und damit in die sibirische Sklaverei und den Tod, und die Deutschen – so hieß es wörtlich – *„haben ihr Problem mit Auschwitz“.*

Die Deutschen haben sich ihrer wirklichen oder vermeintlichen Schuld gestellt. Sie haben Sühne geleistet. Sie leiden aus einem äußerst empfindlichen Gerechtigkeitssinn an dieser ihnen aufgelasteten Schuld. Alle anderen Völker aber fühlen sich erhaben über jede Schuld. Es beleidigt ihren Nationalstolz, sie daran zu erinnern. In der Türkei steht sogar die Erinnerung an den Armeniermord unter Strafe, und im Hinblick auf den Tschetschenienkrieg in Rußland gilt das gleiche. Für diese Völker sind Freiheitskämpfer in der Regel Terroristen, die es zu bekämpfen gilt.

Damit hat das deutsche Volk einen moralischen Vorsprung, eine größere Reife erlangt, die es jetzt zu befähigen vermag, aus Verantwortung und Gerechtigkeitssinn führend in der Welt tätig zu werden.

Das gelingt nicht mit den gegenwärtigen Machthabern, die Relikte des jüdischen Jahrhunderts sind. Sie vertreten weder das deutsche Geistesleben noch wollen sie Deutsche sein. Doch gerade auf den deutschen Geist kommt es an, wenn die Erdenwelt mit einem menschlichen Menschen gerettet werden soll. Darum muß auf das jüdische Jahrhundert folgen

das deutsche Jahrhundert.

Ursula Haverbeck

Yuri Slezkine „Das jüdische Jahrhundert“ *im Sommer 2006 bei van den Hoeck und Ruprecht in deutscher Übersetzung erschienen. Die englische Originalausgabe heißt „The Jewish Century“ und erschien 2004.*

Das angeführte Zitat entstammt der Einführung von Dan Diner, S. 7

Rudolf Steiner:

„Man wird das Bedürfnis haben, zu dem zu kommen, was geblieben ist vom Goetheanismus, der im deutschen Volkstum wurzelt, um von dem heraus den Impuls zu suchen, wie die Welt wiederum gesunden wird.“

„So wird die Gesundung der Welt doch einmal basieren auf demjenigen, was geholt wird aus dem deutschen Goetheanismus.“

GA 185a, S. 105f

AUS DEM INHALT — Seite

Wer die Wahrheit kennt ..." - Rede vom 14.10.2006

Gerard Menuhin, der Sohn des großen Violinisten Yehudin Menuhin, sprach am 14. Oktober 2006 vor mehr als zweihundert Teilnehmern einer Veranstaltung des Freundeskreises National-Zeitung zum Thema „Wer die Wahrheit kennt ..." Hier Auszüge daraus, der ganze Text ist abzurufen bei: info@gerard-menuhin.de.

Berthold Brecht meinte:

„Wer die Wahrheit nicht kennt, ist ein Dummkopf. Wer die Wahrheit kennt und sie eine Lüge nennt, ist ein Verbrecher."

Nun, was ist Wahrheit?

Die Wahrheit ist, daß Deutschland 61 Jahre nach Kriegsende physisch und psychisch ein besetztes Land bleibt. Ein Land, in dem nach wie vor amerikanische und englische Truppen stationiert sind. Ein Land wie ein riesiger Truppenübungsplatz, denn London und Washington entscheiden nach ihrem Belieben, in welchem Umfang und wo ihre Truppen in Deutschland bleiben. Ein, Land, in dem es ein Verbrechen ist, manche Themen offen zu diskutieren.

Jedoch regiert die Bundesregierung weiter, als ob Deutschland ein autonomes, freies Land wäre wie andere europäische Länder. Die Bundesregierung scheint dankbar nach allen ablenkenden Angeboten und Verlangen aus dem Ausland zu greifen, um bloß den dringenden Problemen Deutschlands zu entkommen. Wenn diese Koalition Entscheidungen trifft, sind sie willkürlich oder unverständlich. Die Rente mit 67, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Gesundheitsreform, Soldaten in den Libanon schicken. Jeder fünfte Steuer-Euro wird benutzt, um die 38 Milliarden Zins auf die Staatsschulden von 1,52 Billionen Euro zu bezahlen. Dennoch gibt der Staat 9 Milliarden Euro aus, um die Bundeswehr in gefährliche Auslandseinsätze zu senden. Unzählige Millionen werden verwendet, um neue Synagogen, Mahnmale, Dokumentationszentren zu bauen. Durch ihre amerikagehorsame Politik entfremdet sich die Bundesregierung nicht nur dem Nahen Osten, sondern auch die moslemische Bevölkerung Deutschlands. Merkel ist es sogar gelungen, den Terrorismus nach Deutschland zu holen. Doch niemand glaubt, die Politiker der etablierten Parteien hätten eine Gehirnwäsche durchgemacht. Sie verleugnen einfach die Wahrheit. Ginge es nach Berthold Brecht, müßte man also die ganze Bundesregierung einsperren.

Es scheint den Regierungen westlicher Länder unbegreiflich, warum ein moslemischer Deutscher zweiter Generation sich plötzlich radikalisieren und sich als Bombenleger entpuppen sollte, ist er doch hierzulande geboren, zur einheimischen Schule gegangen, spricht die Sprache des Landes, hat einen Paß. Als ob eine Generation einen Menschen so ändern würde, daß alle seine angeborenen, von seinen Eltern ererbten Eigenschaften durch einen Paß verschwinden würden! Das ist eben die Kraft der Kultur und der Beweis dafür, daß alle Kulturen ihr Zuhause haben und dort am besten bleiben sollten.

* * *

- Angesicht der sich täglich verschlimmernden Lage nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt;
- angesichts von Bedingungen, gegen die wir machtlos sind, wie Klimawandel, Seuchen und Überbevölkerung;
- aber auch angesichts von Menschen, die im Hintergrund unsichtbar und undurchdringlich gegen eine bessere Welt wirken und für unser aller Misere sorgen (für den internationalen Terrorismus, Hunger und Not und hoffnungslose, von Elend geprägte Leben, für Arbeitslosigkeit und Armut am Ende einer oft hart erarbeiteten Existenz – Bedingungen, die einfach zu vermeiden wären), müssen die Aufgeklärten an ihren Erkenntnissen festhalten.

Aber diese Wahrheiten, die man sich nicht auszusprechen traut in einer heuchlerischen Gesellschaft, unter Politikern und Medienmenschen, die sich selbst täglich anlügen, weil es ihre Karriere voranbringt, die ihr eigenes Land verleugnen und beschädigen – **dieses Wissen darf man nicht nur in seinem Herzen erkennen. Man muß für diese Wahrheit kämpfen!**

* * *

Schon **George Orwell** wußte: „Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft." Mein Appell lautet daher, aller Völkermordopfer zu gedenken! Sie alle verdienen unsere Solidarität.

Als die trotz ihrer Niederlage noch stolze Generation der deutschen Kriegsüberlebenden ausstarb, standen ihre Nachkommen der Einschüchterung und der Umerziehung wehrlos gegenüber. Das gehorsame deutsche Volk ist leider von Natur aus für eine solche Rolle prädestiniert. Ohne diese Vasallenstellung wären die ganz normalen Erwartungen des deutschen Volkes jetzt Tatsache. Aber wie sagte doch **Graf Joseph de Maistre** (1751 – 1821): „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient." (Verdienen wir tatsächlich? Oder wird sie uns aufgezwungen?)

* * *

Der deutschstämmige amerikanische Journalist **Henry H. Mencken** (1880 – 1956) stellte fest: „Der ganze Zweck praktischer Politik besteht darin, die Bevölkerung in Alarmstimmung zu halten, so daß sie nach Sicherheit schreit, indem man sie ununterbrochen mit einer Reihe imaginärer Kobolde in Angst versetzt."

Mencken hat auch gesagt: „Jeder anständige Mensch schämt sich der Regierung, welcher er unterstellt ist.“

Menckens bekanntester Spruch aber war: „Keiner ist je dadurch bankrott gegangen, daß er die Intelligenz des amerikanischen Volkes unterschätzt hat.“

* * *

Die Ziele Amerikas und Israels passen perfekt zueinander. Während Amerika das Erdöl an sich reißt, werden die arabischen Länder um Israel zunichte gemacht. Daher darf Israel Amerikas Stellvertreter (auch „Rottweiler“ genannt) im Nahen Osten spielen und das amerikanische Machtstreben durchführen. Gleichzeitig wird der Traum Israels nach einem Reich erfüllt, wie die Zionisten es aus der Bibel zu begründen versuchen. Übrigens scheint es inzwischen fast eine Tatsache, daß Israel schon seit langem ein Reich besitzt – es heißt Amerika. Angeblich sagte **Sharon** im Oktober 2001 zu **Perez**, als letzterer ihm riet, die Amerikaner nicht gegen Israel aufzubringen: **„Mach die keine Sorgen um amerikanischen Druck auf Israel. Wir, das jüdische Volk, beherrschen Amerika, und die Amerikaner wissen es.“**

Gerhard Menuhin faßt seine Sanierungsvorschläge zusammen:

- die EU verlassen
- Steuern besonders für den Mittelstand senken
- keinen Pfennig öffentliches Geld außerhalb Deutschlands oder für Zwecke, die dem deutschen Bürger nicht direkt zugute kommen, ausgeben
- alle kriminellen Ausländer – mit oder ohne Paß – innerhalb 48 Stunden ausweisen
- auch solche Ausländer, die den Deutschen nur auf der Tasche liegen, müssen das Land verlassen
- alle Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden
- sämtliche Bundes- und Landesbehörden verkleinern bzw. schließen
- Gehälter und Ruhegehälter von Politikern zurückschrauben
- Handwerker unterstützen
- die Umweltpolitik aus den Händen der Linken nehmen
- alle Umerziehungs- und Bewältigungsanstalten sowie -programme streichen
- den Verfassungsschutz auflösen
- weg mit dem Paragraphen 130 StGB, die Bundesrepublik ist ohne diese erst 1960 eingeführte und seitdem immer wieder verschärfte Bestimmung sehr gut gefahren

Werden die Deutschen die europäische Verfassung, ohne ein Wort dagegen sagen zu dürfen, aufgebürdet bekommen und wird das Land weiter im EU-Sumpf versinken, seine Eigenschaften verlieren? Werden weitere deutsche Firmen von Fremden übernommen oder ins steuerbegünstigte Ausland gehen? Wird die Deutsche Bahn privatisiert, mit den fürchterlichen Folgen, die in Großbritannien zu beobachten sind? Werden sogar, um das letzte staatliche Gut zu versilbern, die Autobahnen verkauft? Wird das Land von Süden von Afrikanern und von Osten von rumänischen „Sinti und Roma“, wie die Zigeuner sich gerne romantisch nennen, überzogen? Werden diese Zuwanderer hier landauf landab ihre erlernten Lebensweisen ausüben können und dabei in vielen Fällen die immer geringeren Sozialleistungen in Anspruch nehmen können? Sie, meine lieben Deutschen, haben die Wahl!

Gerard Menuhin

Gottes auserwähltes Volk

Jostein Gaarder, Aftenposten, Oslo, 05.08.2006

Untenstehend der in den Medien gerade für Furore sorgende Text des Norwegers Jostein Gaarder, bekannt für sein Philosophiewerk für Kinder „Sofies Welt“. Die Übersetzung seines Essays bezieht sich wiederum auf eine englische Übersetzung des Simon-Wiesenthal-Zentrums und könnte stellenweise noch mangelhaft sein.

Es gibt keine Umkehr. Es ist an der Zeit, eine neue Lektion zu lernen: Wir erkennen den Staat Israel nicht länger an. wir konnten das südafrikanische Apartheid-Regime nicht anerkennen, und ebensowenig das afghanische Taliban-Regime. Und es gab viele, die Saddam Husseins Irak oder die ethnischen Säuberungen der Serben nicht anerkannten. Wir müssen uns nun an den Gedanken gewöhnen: der Staat Israel in seiner jetzigen Form ist Geschichte.

Wir glauben nicht an die Idee eines von Gott auserwählten Volkes. Wir lachen über die Hirngespinste dieses Volkes und weinen über seine Untaten. Als Gottes auserwähltes Volk zu handeln ist nicht nur dumm und arrogant, sondern ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir nennen es Rassismus.

Grenzen der Toleranz

Es gibt Grenzen unserer Geduld, und es gibt Grenzen unserer Toleranz. Wir glauben nicht an himmlische Versprechen als Rechtfertigungen für Besatzung und Apartheid. Wir haben das Mittelalter hinter uns gelassen. Wir lachen unbehaglich über jene, die noch immer glauben, daß der Gott der Flora, Fauna und Galaxien ein einzelnes Volk vor den anderen als sein liebstes auserwählt

und ihm lustige Steintafeln, brennende Büsche und eine Lizenz zum Töten überreicht hat. Wir nennen Kindermörder „Kindermörder" und werden niemals akzeptieren, daß diese ein gottgegebenes oder historisches Mandat besitzen sollen, das ihre Schandtaten rechtfertigt. Wir sagen nur dieses: Schande über alle Apartheid, Schande über Ethnische Säuberungen, Schande über jeden Terroranschlag auf Zivilisten, ob er nun von Hamas, Hisbollah oder dem Staat Israel verübt wird!

Skrupellose Kriegführung

Wir anerkennen Europas tiefe Verantwortung für das Leid der Juden und nehmen sie auf uns, für die schändliche Verfolgung, die Progrome und den Holocaust. Es war eine historische und moralische Notwendigkeit für die Juden, ihre eigene Heimat zu erhalten. Der Staat Israel hat jedoch, mit seiner skrupellosen Kriegführung und seinen abscheulichen Waffen, seine eigene Legitimität massakriert. Er hat internationales Recht, internationale Konventionen und unzählige UN-Resolutionen zum Gespött gemacht und kann nicht länger Schutz von diesen erwarten. Er hat die Anerkennung der Welt mit einem Bombenteppich belegt. Aber fürchtet Euch nicht! Die Zeit der Not wird bald vorbei sein. Der Staat Israel hat sein Soweto gesehen. Wir sind nun am Scheideweg. Es gibt keine Umkehr. Der Staat Israel hat die Anerkennung der Welt vergewaltigt und wird keinen Frieden haben, solange er seine Waffen nicht niederlegt.

Ohne Verteidigung, ohne Haut

Mögen Geist und Wort die Apartheid-Wände Israels hinwegfegen. Der Staat Israel existiert nicht. Er ist nun ohne Verteidigung, ohne Haut. Möge die Welt deshalb Erbarmen mit der Zivilbevölkerung haben. Denn es ist nicht die Zivilbevölkerung, der unsere Untergangsprophezeiung gilt. Wir wünschen dem Volk von Israel Gutes, nichts als Gutes, aber wir behalten uns das Recht vor, keine Jaffa-Orangen zu essen, so lang sie faulig schmecken und giftig sind. Es war erträglich, einige Jahre ohne die blauen Trauben der Apartheid zu leben.

Sie feiern ihre Triumphe

Wir glauben nicht, daß Israel vierzig getötete libanesische Kinder mehr beklagt als vierzig Jahre in der Wüste, vor dreitausend Jahren. Wir bemerken, daß viele Israelis solche Triumphe so feiern wie sie einst die Plagen des Herrn als „angemessene Strafe" für das Volk Ägyptens bejubelten. (In dieser Geschichte erscheint der Herr, Gott von Israel, als unersättlicher Sadist.) Wir fragen, ob die meisten Israelis glauben, daß ein israelisches Leben mehr wert ist als vierzig palästinensische oder libanesische Leben.

Denn wir haben Bilder gesehen, auf denen kleine israelische Mädchen haßerfüllt Grüße auf jene Bomben schreiben, die auf die Zivilbevölkerung von Libanon und Palästina abgeworfen werden. Kleine israelische Mädchen sind nicht niedlich, wenn sie vor Freude strahlen über Tod und Qualm hinter den Fronten.

Vergeltung von Blutrache

Wir anerkennen nicht die Rhetorik des Staates Israel. Wir anerkennen nicht die Spirale der Vergeltung der Blutrache von „Auge um Auge", Zahn um Zahn". Wir anerkennen nicht das Prinzip von einem oder tausend arabischen Augen für ein israelisches Auge. Wir anerkennen keine Kollektivbestrafung oder Bevölkerungsschlankheitskuren als politische Waffen. Zweitausend Jahre sind vergangen, seit ein jüdischer Rabbi die altertümliche Doktrin des „Auge um Auge", Zahn um Zahn" kritisiert hat. Er sagte: „Tu an anderen, wie du wolltest, daß sie an dir tun." Wir anerkennen einen Staat nicht, der auf antihumanistischen Prinzipien gegründet ist und auf den Ruinen einer archaischen nationalistischen Kriegsreligion. Oder wie Albert Schweitzer es ausdrückte: „Humanität besteht darin, daß niemals ein Mensch einem Zweck geopfert wird."

Mitgefühl und Vergebung

Wir anerkennen nicht das alte Königreich Davids als ein Modell für die Karte des Mittleren Ostens im 21. Jahrhundert. Der jüdische Rabbi erklärte vor zweitausend Jahren, daß das Königreich Gottes keine kriegerische Wiederherstellung des Königreichs Davids ist, sondern daß das Königreich Gottes in und um uns ist. Das Königreich Gottes ist Mitgefühl und Vergebung.

Zweitausend Jahre sind vergangen, seit der jüdische Rabbi die alte Rhetorik des Krieges entwaffnet und humanisiert hat. Schon zu seiner Zeit waren die ersten zionistischen Terroristen am Werk.

Israel hört nicht zu

Zweitausend Jahre lang haben wir die Lektion des Humanismus einstudiert, aber Israel hört nicht zu. Es war nicht der Pharisäer, der dem Mann half, der, den Räuber zum Opfer gefallen, am Wegesrand lag. Es war der Samariter; heute würden wir sagen, ein Palästinenser. Denn zuallererst sind wir Menschen – dann erst Christen, Moslems oder Juden. Oder, wie der jüdische Rabbi sagte: „Und wenn du nur deine Brüder grüßt, was tust du mehr als andere?" Wir akzeptieren nicht die Entführung von Soldaten. Aber ebenso akzeptieren wir nicht die Deportation ganzer Bevölkerungen oder die Entführung legal gewählter Parlamentarier und Minister.

Wir anerkennen den Staat Israel von 1948, aber nicht den von 1967. es ist der Staat Israel, der den dem internationalen Recht entsprechenden Staat Israel von 1948 nicht anerkennt, respektiert und sich auf ihn bezieht. Israel will mehr; mehr Wasser und mehr Dörfer. Um das zu erreichen gibt es jene, die, mit Gottes Hilfe, eine Endlösung des palästinensischen Problems wollen. Die

Palästinenser haben so viele andere Länder, haben bestimmte israelische Politiker argumentiert; wir haben nur eines.

Die USA oder die Welt?

Oder wie der oberste Beschützer des Staates Israel sagt: „May God continue to bless America." Ein kleines Kind bemerkte das. Es drehte sich zu seiner Mutter um und sagte: „Warum hört der Präsident seine Reden immer mit ‚God bless America' auf? Warum sagt er nicht ‚God bless the world'?"

Dann gab es einen norwegischen Poeten, der diesen kindlichen Seufzer aus seinem Herzen entließ: „Warum nur schreitet die Menschlichkeit so langsam voran?" Es war der, der so wundervoll über den Juden und die Jüdin schrieb. Aber er lehnte die Idee von Gottes auserwähltem Volk ab. Er selbst zog es vor, sich einen Mohammedaner zu nennen.

Gelassenheit und Gnade

Wir anerkennen nicht den Staat Israel. Nicht heute, nicht im Moment, da wir dieses schreiben, nicht in der Stunde von Trauer und Zorn. Wenn die gesamte israelische Nation ihrem eigenen Handeln erliegen sollte und Teile der Bevölkerung aus den besetzten Gebieten in eine neue Diaspora fliehen müssen, dann sagen wir: Mögen die Umgebenden gelassen bleiben und ihnen Gnade erweisen. Es ist ein ewiges Verbrechen ohne mildernde Umstände, die Hand an Flüchtige und staatenlose Völker zu legen.

Frieden und freies Geleit für die ausziehende Zivilbevölkerung, die nicht länger von einem Staat geschützt wird. Feuert nicht auf die Flüchtlinge! Zielt nicht auf sie! Sie sind verwundbar wie Schnecken ohne Haus, verwundbar wie langsame Karawanen palästinensischer und libanesischer Flüchtlinge, schutzlos wie Frauen und Kinder und Alte in Kana, Gaza, Sabra und Shatilla. Gebt den israelischen Flüchtlingen Obdach, gebt ihnen Milch und Honig! Laßt nicht ein israelisches Kind mit seinem Leben büßen. Viel zu viele Kinder und Zivilisten wurden schon ermordet.

Rumpelstilzchen auf Ägyptisch

So lange die Wurzel des Bösen versteckt bleibt, ist sie mächtig; Wenn sie jedoch erkannt wird, versteckt sie sich; sobald die aber bekannt gemacht wird, vernichtet sie sich selbst."

Aus dem Philippsevangelium der 1945/46 in Nag Hammadi (Oberägypten) entdeckten Papyruskodizes.

Das Joch Zions

Eine kleine Gruppe entschlossener Kämpfer übernimmt den Kampf und wehrt die mächtigste Armee der Region ab; das ist der Stoff, aus dem Geschichte gemacht wird.

Thermophylen, rückt beiseite, macht Bint Jbell Platz. Bischof Phillip von Antiochien verglich das Dem-Erdboden-gleichmachen dieser kleinen libanesischen Stadt mit der Zerstörung von Stalingrad, aber die beiden Städte sind auch vergleichbar im Mut ihrer Verteidiger. Selten isr es einer Generation vergönnt, Zeuge eines so leuchtenden Beispiels an Tapferkeit zu werden: Drei lange Wochen kämpften eine Handvoll Hisbollah-Kämpfer – zweitausend nach der optimistischsten Sachätzung – und brachten zehn-, zwanzig-, dreißigmal stärkere israelische Truppen zum Stehen.

Vor vierzig Jahren schlug Israel drei Armeen in einer Woche, aber jetzt ist die Zauberformel der Invasion dahin, oder ist zu den Besiegten übergewechselt. In der heutigen etwas femininen, opferzentrierten Berichterstattung ziehen Leiden mehr Aufmerksamkeit auf sich als männlicher Heldenmut. So hat das Massaker von Qana ein noch größeres Geschehen überschattet, und **das ist der standhafte Widerstand der libanesischen Kämpfer**. Andromaches Trauer sollte aber nicht Hektors Mut verdecken: Die Taten der Hisbollah verdienen es, von Dichtern unsterblich gemacht zu werden.

Warum der Krieg? Überlassen wir kleine Details einem zukünftigen Plutarch, dies ist eine neue Runde im Kampf um Palästina. Die Juden wurden unterstützt und beliefert von ihrem eingebundenen Imperium, den USA, sie hatten alle Waffen, alle Munition, jede diplomatische Unterstützung als sie hybristrunken in das entwaffnete, hungerleidende Gaza zogen, um die letzten Widerständler dort abzuschlachten, ihnen das Joch Zions aufzuerlegen. Ihre Invasion war durch einjähriges Belagern und unaufhörliches Beschießen vorbereitet worden; sie waren todsicher, daß sie Gaza nach Lust und Laune verschlingen könnten. Und tatsächlich, alle verhielten sich mucksmäuschenstill. Die Ägypter tauschten den Ruhm des Ramadan-Krieges gegen Dollarscheine, Söhne von Hejaz und Nejd waren zu sehr damit beschäftigt, an der Pumpe Öl auszugeben und die Prinzen der Golfstaaten kümmerten sich nur um ihre Falken. Die Juden fühlten sich sicher als sie sich bückten, um Gaza ein Ende zu machen: Wer würde den Löwen von Juda beim Anbrüllen seiner Beute stören?

Und siehe: eine winzige Truppe vom Berg Libanon sagte: Wir werden sie stören. Sie griffen die übermächtigen Juden an; der Hobbit durchschnitt die Sehne des Nazgul als er sich schickte, zu töten. Die israelische Armee fuhr von ihrer Beute auf, wandte sich nach Norden und schlug

mit aller Macht auf die Hisbollah-Kämpfer los. Aber diese hielten stand.

Das war äußerst unerwartet. Die Israelis waren es gewohnt, waffenlose untrainierte Palästinenser zu töten oder zu zerstreuen. Statt dessen setzten sich die Kämpfer von **Sayyed Nasrallah** in den kahlen Hügeln von Bint Jbeil auf die Hinterbeine und gaben Feuer. Würden sie schnell geschlagen werden, würden israelische Generäle ihre siegreichen Truppen nach Damaskus und Teheran führen; bevor sie umkehren und Palästina seines unschätzbaren Juwels, Haram al Sharif, berauben würden. Es könnte immer noch passieren, aber die Chancen wurden verringert durch die Standhaftigkeit der Hisbollah.

Noch wichtiger ist, daß die Hisbollah sich weigerte, das Feuer einzustellen, solange Israel Land im Libanon besetzt hält. Dieser gewagte Schritt unterminierte die gesamte Strategie der Zionisten. Sie planten, den Süden zu besetzen und dort abzuwarten, bis eine internationale (oder NATO) Truppe käme und die Arbeit für sie machen würde. Die Entscheidung der Hisbollah entbehrt eines Details: Jedweder Waffenstillstand muß auch auf Palästina ausgedehnt werden. Es ist unvorstellbar, daß der Libanon seine Waffen niederlegt, während Gaza belagert und Nablus vergewaltigt wird.

Der israelische Premier **Ehud Olmert** sagt: „Wir haben den Mittleren Osten verändert." Ich weiß nicht, ob der ganze Mittlere Osten sich verändert hat, aber in Israel ist ein großer Wandel spürbar. Bisher riefen nur einige wenige aufrechte Männer und Frauen ihre Regierung dazu auf, Abstand zu nehmen von der Aggression gegen Gaza und den Libanon. Der Katjuscha-Regen änderte jedoch die Meinung vieler. Während sie zuerst eingenommen waren von der Arroganz ihrer Generäle, haben nun auch die Israelis den hohen Preis des Krieges entdeckt. Frühere Beschwerden über das Versagen der Armee, Wort zu halten, machten Kritik an der Politik selbst Platz. Sie haben begonnen zu verstehen, daß die Zeit nicht für sie arbeitet.

Die noch-unterwürfigen Regime der Nachbarländer können jederzeit fallen oder das Joch Zions abwerfen. Ihre Herrscher machte man an die jüdische Überlegenheit glauben und daher entschieden sie sich dafür, die „unkluge Hisbollah" zu verdammen. Jetzt aber, da ihre Völker sehen, daß selbst eine kleine Truppe entschlossener Kämpfer den Feind schlagen kann, sehen sie keine Rechtfertigung mehr für das feige Verhalten ihrer Herrscher. Das kann zu Revolution führen, wie 1948, als König Faruk von jungen Offizieren mit Faludscha-Ruhm abgesetzt wurde, die von seiner Schwäche enttäuscht waren.

Neil MacFarquhar berichtet in der **New York Times** (28.07.2006): „Am Anfang der Libanon-Krise hielten arabische Regierungen, allen voran Saudi-Arabien, der Hisbollah vor, rücksichtslos einen Krieg provoziert zu haben und lieferten das, was die vereinigten Staaten und Israel als das „Augenzudrücken und Nicken" verstanden, um den Kampf fortzusetzen. Nunmehr, angesichts von Hunderten von toten Libanesen und angesichts der Hisbollah, die der vielgepriesenen israelischen Armee seit über zwei Wochen standhält, brandet der Umschwung der öffentlichen Meinung in der arabischen Welt zugunsten der Organisation hoch, verwandelt den Führer der schiitischen Gruppe, **Scheich Hassan Nasrallah**, in einen Volkshelden und erzwingt einen Wandel in den offiziellen Statements. Die Königsfamilie der Saudis und König Abdullah II. von Jordanien, die anfangs mehr über den Aufstieg des schiitischen Irans besorgt waren, dem Hauptsponsor der Hisbollah, rappeln sich auf, um sich von Washington zu distanzieren.

Der Bericht sieht die öffentliche Meinung, die „arabische Straße", als einen Motor für den Wechsel; aber der Wechsel kann auch von oben kommen. **Die grausame Bombardierung von Beirut und des gesamten Libanon** war dazu gedacht, die arabischen Nationen durch Angst zum Gehorsam zu zwingen; statt dessen überzeugte es die reichen und mächtigen Araber davon, daß solange die Juden die Befehle im Mittleren Osten geben, ihr eigener Reichtum und ihre Macht ihnen jederzeit nach dem Willen eines israelischen Generals weggenommen werden kann. Beirut war friedfertig. Beirut war einverstanden, die Syrer auszuweisen. **Beirut war die Hauptstadt des am meisten prowestlichen Staates und doch rettete es die Stadt nicht vor jüdischer – nicht einmal Vergeltung, da es nichts zu vergelten gab – brutaler Willkür.** Die arabischen Machthaber fragen sich, ob der jüdische Staat überhaupt ein friedlicher Nachbar sein kann oder ob (wie der iranische Präsident Ahmadinejad meint) er von Natur aus kriegerisch ist und so wie einstmals das Königreich der Kreuzritter behandelt werden muß.

Israel Shamir

Gesprächsverweigerung

Pfarrer in Erfurt verbrennt sich

Erfurt (dpa): Aus Sorge um die Ausbreitung des Islam hat sich am Reformationstag im Erfurter Augustinumkloster ein Pfarrer selbst verbrannt.

Ein Name wird nicht mitgeteilt (inzwischen bekannt: **Roland Weißelberg**, Anm. d. Red.), nur der Hinweis, daß er am Mittwoch nachmittag in einer Spezialklinik in Halle an den Folgen seiner schweren Brandverletzung gestorben sei.

An anderer Stelle heißt es: „In den vergangen Jahren habe der 73-jährige die kirchliche Position zum Islam immer wieder hinterfragt. In einem Schreiben habe er gemahnt, das Problem ernster zu nehmen."

Er steht nicht allein mit dieser Mahnung. Es gibt viele besorgte Christen an der Basis. Auch die fehlende Gesprächsbereitschaft der Kirchenoberen bzgl. der gewalttätigen Seite des Islam beunruhigt viele Gläubige.

Der Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Axel Noack, erklärt: „Das Thema Islam diskutieren wir im Osten noch sehr unter uns. Wir befassen uns damit viel in der Theorie." Aber offenbar doch nicht genügend, um eine klare Linie in die Haltung der Christen gegenüber dem Islam aufzeigen zu können.

„Die islamische Religionsgemeinschaft in Berlin reagierte mit Bestürzung und Betroffenheit auf die Selbstverbrennung des Pfarrers. Der Islam sehe sich als friedliebende Religion, vor der kein Mensch – gleichgültig welcher Weltanschauung er anhänge – Angst zu haben brauche, sagte der Präsident der islamischen Religionsgemeinschaft Abdurrahim Vural. Besonders betroffen sei die Organisation darüber, daß ein christlicher Pfarrer, der selbst einer friedliebenden Religion angehöre, den Islam in einer derartigen Weise mißverstehen konnte."

Nun, vielleicht hat der Pfarrer den Koran genau gelesen, und die darin enthaltene Aufforderung zum heiligen Krieg in Beziehung gesetzt zu den Selbstverbrennungen und terroristischen Anschlägen von Moslems.

Der Ort der Selbstverbrennung war das evangelische „Augustinerkloster", in das Martin Luther 1505 als Mönch eingetreten war.

Oskar Brüsewitz

Die Kirchenleitung wurde durch diese Selbstverbrennung an einen anderen evangelischen Pfarrer erinnert, an Oskar Brüsewitz, der sich am 18. August 1976 in Zeitz selbst verbrannte.
Der Erfurter Pfarrer verzweifelte offensichtlich, weil er mit seinen Warnungen hinsichtlich des Islam kein Gehör fand, er vermißte die offene Auseinandersetzung mit diesem.
Oskar Brüsewitz protestierte gegen die Unterdrückung in der DDR, die Unterdrückung auch des Christentums. Er hatte auf ein Plakat gemalt: „Funkspruch an alle – Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an!"
Nach Ansicht verschiedener Historiker wollte Brüsewitz ein Fanal setzen, um mit diesem Flammenzeichen gegen die atheistische Bildungspolitik der DDR zu protestieren. In einem Abschiedsbrief beklagte Brüsewitz den „scheinbaren tiefen Frieden, der auch in die Christenheit eingedrungen ist, während zwischen Licht und Finsternis ein mächtiger Krieg tobt."
Zwei Jahre danach, am 17. September 1978, verbrannte sich ebenfalls aus Protest im vogtländischen Falkenstein der evangelische Pfarrer **Rolf Günther** in seiner eigenen Kirche.

Hartmut Gründler

Zeitlich zwischen diesen beiden Pfarrern verbrannte sich im Westen am 16. November 1977 vor der St. Petri Kirche in Hamburg der Lehrer aus Tübingen, Hartmut Gründler. Auch für ihn war der Anstoß zu dieser Tat das verweigerte Gespräch über die Gefährdungen der Atomenergie, insbesondere über die nicht gelöste Atommüllentsorgung.
Durch seinen Tod wollte Hartmut Gründler die Verantwortlichen, und besonders den Bundeskanzler Helmut Schmidt, an dessen Wort gemahnen, daß er erstmals am 2. November 1964 ausgesprochen hatte, und zu Ostern 1976 in seinem Buch „Als Christ in der politischen Entscheidung" wiederholte. Es lautet:
„Die Pflicht eines jeden einzelnen von uns ist es, laut zu rufen, wenn Ungerechtigkeit sich ausbreiten sollte, und spätestens jedenfalls dann handelnd einzugreifen, wenn die Regierenden Gebot und Gesetz verletzen sollten."
Hartmut Gründler wollte Wahrheit in der Politik und hatte erkannt, daß die Behauptung, die Atommüllfrage sei gelöst, eine Lüge war. – Sie ist bis heute ungelöst!
Durch Schriften, Fasten und sein Anketten an die Kirchenbänke des Kölner Domes versuchte Hartmut Gründler „handelnd einzugreifen" – laut zu rufen, und der Forderung des Christen Helmut Schmidt damit zu entsprechen.
Aber der Bundeskanzler Helmut Schmidt verweigerte sich jedem Gespräch. So blieb Gründler nur der letzte Schritt, und er begründete seine Tat mit folgenden Worten:
„Wollt ihr etwas Gutes über mich sagen, dann vielleicht dies: ‚Er stellte sich in den Dienst an der Notwendigkeit. Ein kleine, kurze Not nahm er auf sich, um seinen Anteil zur Wende einer großen, langen Not zu leisten!'"
Doch wie in der DDR die beiden Selbstverbrennungen der Pfarrer weitgehend vertuscht wurden und in der Schweigespirale versanken, so ähnlich ging es auch dem Lehrer Hartmut Gründler in der BRD. Eine große Tageszeitung war nicht einmal bereit, unsere Anzeige aufzunehmen, und der geplante Trauerkonvoi durch Deutschland von Hamburg nach Tübingen, wo er beigesetzt werden wollte, wurde aus angeblich hygienischen Gründen verboten.

Reinhold Elstner

Am 25. April 1995 verbrannte sich der Diplomingenieur, Sudetendeutsche und Weltkriegsteilnehmer Reinhold Elstner in München vor der Feldherrnhalle. Es war das Jahr, in dem die „Antiwehrmachts-Ausstellung" durch Deutschland geschickt wurde, um wieder einmal deutsche Schuld ins Bewußtsein zu rufen und Kübel von Verleumdungen über die Soldatengeneration auszuleeren.
Die Nachgeborenen wußten angeblich genau und besser als die Soldaten, wie es im Zweiten Weltkrieg zugegangen war. Das war für den Kameraden Elstner unerträglich. Er wußte, wie sie gekämpft und gelitten und anständig in den Tod gegangen waren. Nicht umsonst wurden selbst von den Israelis in einer statistischen Übersicht die deutschen Soldaten als die diszipliniertesten, saubersten und anständigsten gekennzeichnet.
Wie konnte es die Bundesrepublik Deutschland zulassen, daß eine ganze Soldatengeneration in den Schmutz gezogen wurde? Auch hier wurden die Wehrmachtsangehörigen nicht gehört, noch nicht einmal gefragt von den Machern der Ausstellung, wie es im Krieg wirklich gewesen war. So geschah zum fünften Mal eine verzweiflungsvolle Selbstverbrennung. Auch sie wurde verdrängt und ging unter in der Schweigespirale. Nur einige jüngere Kameraden gedenken an seinem Todestage des Soldaten Elstner, der die wahrheitswidrige Verleumdung seiner Kameraden nicht mehr zu ertragen vermochte vor der Feldherrnhalle in München.
Chaoten und Antifa wissen nichts besseres zu tun, als dieses Gedenken als faschistisch und rechtsextrem zu verteufeln und zu stören.

Ursula Haverbeck

Bankverbindung des VRBHV: Konto Haverbeck-Höfs bei der Sparkasse Hannover, Kontonummer: 1900 488 477, BLZ 250 501 80, bei Auslandszahlungen IBAN: DE 88 250 501 801 900 488 477, BIC: SPKH DE 2HXXX

Artikel 5

[Meinungs-, Informations-, Pressefreiheit; Kunst und Wissenschaft]

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht zu der Treue zur Verfassung.

Artikel 19

[Einschränkung von Grundrechten; Wesengehalts-, Rechtswegegarantie]

(1) So weit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, **muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten**. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

Außerdem heißt es eindeutig in Artikel 1, Absatz 3:

„Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht."

Das heißt, diese Freiheitsrechte sind der Gesetzgebung übergeordnet, ein Grundrecht darf in keinem Fall durch ein Gesetz in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

Halten sich die Gerichte an diese Maßgabe?

Oberstarzt d. R. Dr. Rigolf Hennig

Jahrgang 1935, Vater von acht Kindern, und bis zur Indizierung der Zeitschrift Herausgeber des Reichsboten.

Dr. Hennig veröffentlichte in seiner Zeitschrift einen Artikel über die Begründung der Bundesrepublik. Er verwies dabei auf die Rede von Prof. Carlo Schmid vor dem Parlamentarischen Rat, in dem dieser erklärte, daß das Deutsche Reich mit der Kapitulation der Wehrmacht nicht untergegangen sei, wie dies auch das Bundesverfassungsgericht 1972 bestätigte: Das Deutsche Reich lebt fort. Es ist weiter rechts-, aber nicht handlungsfähig.

Dies und seine daran anschließende Ausführung, das auf einem Territorium nicht gleichzeitig zwei Staaten existieren könnten, veranlaßte die Staatsanwaltschaft zu einer Anklage wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik.

Die geäußerte Meinung des verdienstvollen Arztes Dr. Hennig trug ihm eine Gefängnisstrafe von neun Monaten ein. Die Berufung und die Revision wurden abgelehnt. Dr. Hennig befindet sich zur Zeit in der Justizvollzugsanstalt Achim (Obernstraße 40, 28832 Achim).

Als gefährlicher – weil kritisch denkender – politischer Häftling erhält Dr. Hennig keinen Freigang und muß wegen Wiederholungsgefahr damit rechnen, daß er seine neun Monate voll absitzen muß.

Wo bleibt die Meinungsfreiheit?

Wo bleibt die Pressefreiheit?

Das nennt man einen freiheitlichen Rechtsstaat!

Rechtsanwalt Horst Mahler

Jahrgang 1936, Vater von zwei Kindern, seit 2004 mit Berufsverbot belegt.

Horst Mahler hatte die Verteidigung in dem großen NPD-Prozeß zusammen mit dem inzwischen verstorbenen Dr. Eisenecker übernommen. Die NPD wurde als verfassungsfeindlich angeklagt und gilt bis heute als rechtsextrem, d.h. faschistisch, rassistisch und antisemitsich.

Horst Mahler hatte als verantwortlicher Anwalt alles zusammengetragen, was zur Entlastung seines Mandanten dient. Was ist die Ursache des Antijudaismus,

der sich wie ein roter Faden durch 3.000 Jahre jüdischer Geschichte zieht? Diese Forschungen, vornehmlich basierend auf jüdischen Aussagen, fanden ihren Niederschlag in umfangreichen Beweisanträgen von mehr als 500 Seiten.

Das veranlaßte die Staatsanwaltschaft zu einer Anklage nach § 130 Volksverhetzung. In dem sich daraus ergebenden Mammutprozeß folgte das Berufsverbot und die Verurteilung Horst Mahlers zu neun Monaten Gefängnis. Er ist keineswegs der einzige Anwalt, dem die Entlastung seines Mandanten durch eine wirksame Verteidigung eine Strafe eintrug. Etwa 65 Freunde verabschiedeten Horst Mahler am 15. November in Cottbus, wo er nur vorübergehend bleibt.

In einem zweistündigen Beisammensein konnte noch alles gesagt werden, was zu sagen war. Auch konnte ein Interview mit Udo Voigt gezeigt werden. Ihm und der Partei ist bewußt, daß der Anwalt aus dem Verbotsprozeß jetzt für seine Verteidigung ins Gefängnis muß. Ein Skandal!

Dann wurde vor dem abgelegenen Gefängnis Spalier gebildet, das ganze Deutschlandlied gesungen und die Gefängnistore schlossen sich wieder einmal hinter einem Freiheitskämpfer.

Ab 5. Dezember ist die Anschrift: JVA 83233 Bernau a. Chiemsee

Wo bleibt das Recht auf freie Verteidigung, die ein unabhängiges Organ der Rechtspflege ist?

Das nennt sich der freiheitlichste Rechtsstaat auf deutschem Boden, den es je gab!

Germar Rudolf

Jahrgang 1964, Diplomchemiker, Vater von drei Kindern, das jüngste etwa zwei Jahre alt.

Germar Rudolf wurde als Doktorand und Mitarbeiter des Max-Planck-Institutes mit dem Leuchter-Gutachten bekannt. Dieses befriedigte ihn nicht. Es verblieben aus der Sicht des Chemikers zu viele offene Fragen.

So unternahm Rudolf eigene Forschungen über die Eigenschaften des verwendeten Giftgases Zyklon-B. Er ergänzte und vervollständigte seine Forschungen unmittelbar vor Ort in Auschwitz selber.

Es entstand das Rudolf-Gutachten, das nachwies, daß in den gezeigten Gaskammern in Auschwitz niemals Menschenvergasungen mit Zyklon-B stattgefunden haben konnten.

Dieses wurde sehr viel später – 2002 – bestätigt durch die Untersuchungen des Leitenden Spiegelredakteurs Fritjoj Meyer. Doch während dieser bis heute auf freiem Fuß lebt, wurde Germar Rudolf zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt.

Er entzog sich dieser Haft und ging ins Ausland, zunächst nach England, dann nach Amerika. Dort setzte er seine Studien fort und wurde zu einem der bestqualifizierten Holocaustforscher. Die Ergebnisse dieser Arbeit liegen vor in dem 2005 erschienenen Buch **„Vorlesungen über den Holocaust"**. Darin wird der Stand der Pro-und-Contra-Diskussion zu diesem Thema wissenschaftlich aufgearbeitet.

Eine Widerlegung der forensischen Beweise Rudolfs liegt bis heute nicht vor. Statt dessen wurde Germar Rudolf von den USA nach Deutschland ausgeliefert, verbüßt hier seine Gefängnisstrafe (Germar Rudolf, Oberer Fauler Pelz 1, 69117 Heidelberg, Tel: 06221/ 9843, Fax: 06221/181774) und befindet sich seit Mitte November 2006 in einem neuen, großen Prozeß wegen Volksverhetzung und Leugnung des Holocaust.

Das Verfahren gegen den zunächst mit ihm angeklagten Belgier, Siegfried Verbeke, wurde eingestellt.

Wo bleibt die Freiheit der Forschung, von der es im Artikel 5 (3) heißt: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung."?

Eine Verfassung hat das deutsche Volk gar nicht, sondern lediglich ein Grundgesetz, das nur solange gilt, bis das deutsche Volk in freier Entscheidung sich eine Verfassung gibt. (siehe GG Art. 146)

Aber nicht einmal die Grundgesetzartikel, die Grundrechte des freien Menschen, werden von den Vertretern dieses Staates in Politik und Justiz ernstgenommen, obgleich sie darauf verpflichtet sind.

Dies sind nur drei Beispiele. Es gibt ihrer unendlich viele, die wir immer wieder in dieser Zeitschrift behandelt haben. Vergleiche insbesondere **Ernst Zündel**, der wahrscheinlich in diesen Tagen der Auslieferung der Stimme des Gewissens Nr. 6 sein Urteil erhalten wird über den weiteren Verbleib im Gefängnis. Mit einem Freispruch ist angesichts der geschilderten Verhältnisse wohl kaum zu rechnen.

Germar Rudolf an Israel Shamir

Germar Rudolf antwortete auf einen Brief des „israelischen Dissidenten" Israel Shamir. Hier die zentrale Passage daraus:

„Ich brauche einen Lebenssinn", lautete mein Verlangen in meiner frühen Jugend und in meinem Erwachsenenleben. Ich habe den Sinn gefunden.

Wenn so viele mächtige Leute solch mannigfaltige kriminelle Methoden anwenden, um einen friedlichen Dissidenten zu stoppen, dann nur deshalb, weil ich etwas besitze, das die Welt erschüttern kann – und wird. Ich werde es Ihnen zeigen.

Jetzt, wo sie mein Leben zerstört haben, bleibt mir nichts anderes mehr, als unter Beweis zu stellen, daß ich recht habe. Ich werde angespornt durch die Tatsache, daß mehr und mehr Historiker die Seiten wechseln – zunächst nur hinter den Kulissen, aber das wird sich än-

dern. Die Tatsache, daß die Mächte, die mich zerstört haben, zunehmend rasender werden, beweist mir eines: daß sich die Wirkung meiner Arbeit entfaltet.

Die Nachkriegszeit und die Neue Weltordnung wurden auf dem Holocaust errichtet, und zusammen mit ihm werden sie auch untergehen. Aber das ist für mich nicht wichtig, weil diese Mächte ohnehin zugrunde gehen, alleine schon deshalb, weil sie den Planeten ruinieren und die Weltwirtschaft an die Wand fahren.

Für mich stellt sich die Lage einfach dar. Ich bin sicher, ich habe recht, und solange mich niemand mit rationalen, wissenschaftlichen Argumenten davon überzeugt, daß ich schief liege, werde ich nicht klein beigeben. Vielleicht an folgendem Beispiel zum Ausdruck gebracht. Ich bin eine Art menschlich-intellektueller Pit-Bull-Terrier, und meine Feinde machten den Fehler, mich bis aufs Blut zu reizen, indem sie mich verfolgten.

Also, keine Verhandlungen mehr. Jetzt geht es darum: die oder ich?

Die Stellungnahme im Revisionsverfahren Cohrs / Haverbeck

An die Generalstaatsanwaltschaft, Hamm

Betr.: AZ Ss 425/06, Pressedelikt

Stellungnahme in der Revision

Zunächst der Dank für die Möglichkeit einer Stellungnahme.

Im Grunde genommen ist in meiner Einlassung bereits alles gesagt. In einer widersprüchlich dargestellten und öffentlich erörterten historischen Frage – denn bei Vorliegen so zahlreicher widersprüchlicher Veröffentlichungen, läßt sich die behauptete Offenkundigkeit nicht mehr aufrecht erhalten – bedarf es einer ebenfalls öffentlichen Klärung durch Historiker, aber nicht der Strafverfolgung der einen Seite.

Es geht nicht um die Erfüllung eines Paragraphen, sondern um Wahrheitsfindung und Rechtsprechung. Ein Paragraph kann und wird durch einen anderen ersetzt werden, eine Interpretation durch eine andere aufgehoben.

So gibt z.B. der Petitionsausschuß in seiner Ihnen vorliegenden Empfehlung ausdrücklich die Hinterfragung und Überprüfung auch der bisher geglaubten Offenkundigkeit an. Er weist dabei auf die Unabhängigkeit der Richter hin. **Diese Unabhängigkeit wird nur Wirklichkeit, wenn Richter davon Gebrauch machen und sie auch verteidigen.**

Es wird also immer wieder in historischen Fragen die Wahrheit neu zu ermitteln sein, und dies bleibt Vorstufe für jede Urteilsfindung. Wird sie preisgegeben, dann wird eines der heiligsten Güter der Menschheit „**Das Recht**", wie heute so viele andere Werte, verletzt und zerstört. Die Ehrfurcht vor den Gerichten wandelt sich bereits jetzt erkennbar zu Verachtung. Das aber ist der Beginn des Chaos. Dann fallen die letzten Hemmungen, nach dem alle religiösen Werte, Sitte und Moral, bereits lächerlich gemacht wurden.

Bei dem § 130 StGB Volksverhetzung gibt es

1. Interpretationsmöglichkeiten (siehe Petitionsausschuß).

2. Mehrere Anträge, die dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vorliegen, nun endlich Gelegenheit zu nehmen, die Vereinbarkeit des § 130 StGB mit dem Grundrecht Art. 5 GG zu untersuchen (siehe den Aufsatz von Stefan Huster in der Neuen Juristischen Wochenschrift, Heft 8 / 1996, S. 487ff. Der Verfasser hat darin überzeugend dargelegt, daß § 130 Abs. 3 StGB mit Art. 5, 1 GG unvereinbar ist. Desgleichen hat der Vorsitzende Richter a.D. des Landgerichtes Hamburg Günter Bertram ebenfalls in der NJW, Nr. 21 / 2005, eine Stellungnahme beim BVG angemahnt.

3. Deutsche Richter sind in dieser Frage tatsächlich überfordert, da befangen aus Abhängigkeit, und könnten ihre Befangenheit zum Ausdruck bringen.

Es gäbe also mehrere Möglichkeiten, bei nicht allzu großem Risiko für die persönliche Existenz, das Ansehen der Justiz in Deutschland wieder aufzubessern.

Bei der gegenwärtigen Gerichtspraxis kann weder ein Verteidiger noch ein Gutachter wahrheitsgemäß und entsprechend seinem Auftrag tätig werden. Der Verteidiger macht sich strafbar, wenn er alles darstellt, was zur Entlastung seines Mandanten angeführt werden muß, wenn er wirklich verteidigen will.

Das gleiche gilt für einen Gutachter, wenn dessen Forschungsergebnisse der vorgeschriebenen Meinung widersprechen. So erhielt der Chemiker Germar Rudolf eine längere Gefängnisstrafe, weil er den Nachweis erbrachte, und zwar auf Grund naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeiten, daß Zyklon B zur Vergasung von Menschen in Auschwitz gar nicht angewendet worden sein kann.

Die Anwälte Jürgen Rieger und Wilfried Bock erhielten Geldstrafen, weil sie sachgemäß verteidigten und damit angeblich den Holocaust geleugnet hätten, der RA Horst Mahler darüber hinaus sogar Berufsverbot und Gefängnisstrafe.

Ein Angeklagter kann es also gar nicht verantworten, einen Verteidiger, der sich ernsthaft für die Wahrheitsfindung einsetzt, zu beauftragen oder Gutachter zu benennen. Er würde sie nur gefährden. Also muß der Angeklagte selber und allein tätig werden, doch auch er macht sich erneut strafbar, wenn er weitere Beweise für seine Überzeugung anführt. Damit aber wird jedes Verfahren nach § 130 StGB zu einem Scheinprozeß, zu einem Tribunal.

- Die Grundforderung für jede Streitschlichtung **„audiatur et altera pars"** gilt bei den Gerichten der Bundesrepublik, so bald es sich um Zeitgeschichtsfragen handelt, nicht mehr.

- Art. 5 GG – wesentliche Grundlage einer Demokratie – ist außer Kraft gesetzt!

- Die Freiheit der Forschung und Lehre gilt für diese so zentrale Frage der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht. Die Geschichtsschreibung und –darstellung ist der Zensur der Justiz unterworfen.

Mich haben die Forschungsergebnisse der sog. Revisionisten überzeugt. Meine Erkenntnisse habe ich geäußert und setze mich ein für das „audiatur et altera pars", eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch in der Bundesrepublik steht das unter Strafe, obgleich gerade hier Art. 5 GG als eines der höchsten Güter postuliert wird und Regierungsvertreter z. B. China immer wieder vorwerfen, die Freiheitsrechte nicht zu respektieren.

Das „Leugnen", das mir vorgeworfen wird, setzt das Bewußtsein voraus, etwas Wahrheitswidriges zu behaupten. Nur bei einem Unrechtbewußtsein ließe sich von „leugnen" sprechen.

Ich habe jedoch wiederholt erklärt, nichts zu leugnen, sondern der Überzeugung zu sein, daß die naturwissenschaftlichen Beweise Germar Rudolfs, den ich bereits als erfolgversprechenden jungen Wissenschaftler vor seiner Zyklon-B-Forschung kannte, richtig und bis heute unwiderlegt sind.

Selbst wenn Rudolf eines Tages sachlich widerlegt werden würde, ich also einem Irrtum unterlegen war, wäre mir dennoch kein strafbares „Leugnen" vorzuwerfen.

Eine solche Widerlegung hat aber die Anklage bis heute nicht erbracht. Wieso werde **ich** für dies Versäumnis zu einer Geldstrafe verurteilt?

Das Ersetzen der nicht mehr aufrecht zu haltenden Offenkundigkeit durch „tatbestandliche Voraussetzung" erübrigt erst recht keinen Beweis, sondern macht vielmehr die Beweisnot der Anklage deutlich.

Im § 130 StGB wird zweimal erklärt, daß strafbar ist, was **„den öffentlichen Frieden stört"**.

Es muß hier ganz deutlich gesagt werden:

Den öffentlichen Frieden stören Urteile, die sowohl den geltenden Grundrechten als auch der Strafprozeßordnung zuwiderlaufen und den gesunden Menschenverstand beleidigen.

Tausende Strafverfahren pro Jahr wegen falscher Meinungen zum Holocaust – und das 60 Jahre danach! – machen doch überdeutlich, wie sehr der öffentliche Friede bereits gestört ist.

Das kann und soll so nicht weitergehen!

Wir plädieren für Einstellung des Verfahrens auf Kosten des Staates.

Ursula Haverbeck

Die Revision wurde inzwischen abgelehnt. Das Urteil ist rechtskräftig. Wir werden zusammen weit mehr als 10.000,- Euro zu zahlen haben. Wenn Sie uns dabei unterstützenh wollen, dann senden Sie eine Spende an das Konto COLLEGIUM HUMANUM, Volksbank Vlotho, BLZ 494 900 70, Konto-Nr. 781 555 6300 mit dem Kennwort „Prozeß".

Wichtige Gerichtstermine

Germar Rudolf im Landgericht Mannheim, A 1 (das ist die Straßenbezeichnung), 68159 Mannheim, 0621/292-0: 4., 6. und 21. Dezember 2006, 10., 22. und 29. Januar 2007. Der Beginn der Verhandlungen ist vermutlich jeweils um 9.00 Uhr. Wir bitten aber vorsichtshalber, sich zu erkundigen.

Ernst Zündel, ebenfalls im Landgericht Mannheim: 30. November sowie 7. und 8. Dezember 2006 (vielleicht schon Urteilsverkündung)

Einstellungsbegründung im Ermittlungsverfahren gegen Gilad Atzmon wegen Verdachts der Volksverhetzung

Staatsanwaltschaft Bochum
Aktenzeichen: 33 Js 440/05
Bochum, den 9.1.2006

Auszug:

Der Beschuldigte selbst hat ausdrücklich darauf hingewiesen, kein Holocaust-Leugner zu sein. Es seien nicht nur Juden gewesen, die in diesem blutigen Krieg gestorben seien und die Zahl der Toten mache nicht den Unterschied.

Soweit der Beschuldigte die Zahl der Opfer anzweifelt, erfüllt dies nicht den Tatbestand der Volksverhetzung gemäß § 130 III StGB in Form des Verharmlosens. Verharmlosen ist sowohl das Herunterspielen des fraglichen Geschehens in tatsächlicher Hinsicht als auch das Bagatellisieren oder Relativieren in seinem Unwertgehalt. Ein quantitatives Verharmlosen ist zum Beispiel die Behauptung, die Zahl der ermordeten Juden liege allenfalls bei einer Million oder es habe jedenfalls die massenhaften Gaskammermorde nicht gegeben (zu vgl. Schönke/Schröder, StGB, 26. Aufl., § 130).

Abgesehen davon, daß der Beschuldigte sich auf Studien, die Zahlen von ca. 5 Millionen zugrunde legen, bezieht, setzt der Tatbestand weiter voraus, daß das Verharmlosen in einer Weise erfolgt, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. Dies ist aber unter Berücksichtigung der weiteren Ausführungen, der Holocaust erscheine durch eine Herabsetzung der Zahl nicht harmloser, ersichtlich nicht der Fall.

Aus dem Gesamtzusammenhang seiner Äußerungen ergibt sich somit auch, daß der Beschuldigte mit der Behauptung, die bekannte Geschichtsschreibung über den Holocaust sei eine komplette, von Amerikanern und Zionisten initiierte Fälschung, offensichtlich nicht den Holocaust als solchen zu leugnen suchte. Es wird nämlich weiter die Ansicht vertreten, der wahre Feind sei nicht Hitler sondern Stalin gewesen. Dies läßt sich zwanglos dahingehend interpretieren, daß auf den Zeitpunkt der Kenntnisnahme der Amerikaner von dem Mord an der jüdischen Bevölkerung unter Hitler abgestellt und die These vertreten wird, die Amerikaner hätten deutlich früher ats von ihnen behauptet Bescheid gewußt, jedoch erst in den Krieg eingegriffen, als ein Vordringen des Kommunismus nach Westen zu befürchten gewesen sei. Das Vertreten einer solchen Ansicht ist jedoch nicht von strafrechtlicher Relevanz, sondern von dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gemäß Art. 5 Abs. 1 GG gedeckt.

Schließlich soll auch der Beschuldigte nicht behauptet haben, die Deutschen sollten sich nicht schuldig fühlen sondern die jetzige Generation Deutscher.

Das Ermittlungsverfahren war daher gemäß § 170 Abs. 2 der Strafprozessordnung eingestellt worden, da sich gegen den Beschuldigten ein hinreichender Tatverdacht der Volksverhetzung gemäß § 130 Abs. 3 StGB nicht begründen ließ.

Hochachtungsvoll

(Wenzel)
Staatsanwältin

Volksverhetzung: 21 Monate Haft

Bochum (dpa). Wegen Volksverhetzung ist ein 22-jähriger Rechtsextremist am Freitag vom Bochumer Landgericht zu 21 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Der Angeklagte hatte im Juni 2004 in Bochum auf einer NPD-Demonstration gesprochen und dabei laut Urteil gegen das jüdische Volk gehetzt. „Seine Rede zielte darauf ab, Hass gegen jüdische Mitbürger zu verbreiten", sagte Richter Josef Große-Feldhaus.

entnommen Westfalen-Blatt, 10.09.2006

Anmerkung: Es handelt sich um Zitate aus dem Talmud!

Bundesverfassungsrichter a.D. Willi Geiger

Ich wage nach einem langen Berufsleben in der Justiz, wenn ich gefragt werde, den Ausgang eines Prozesses nur noch nach dem im ganzen System angelegten Grundsatz vorauszusagen: Nach der Regel müßte er so entschieden werden; aber nach einer der vielen unbestimmten Ausnahmen und Einschränkungen, die das Recht kennt, kann er auch anders entschieden werden. Das genaue Ergebnis ist schlechthin unberechenbar geworden. Allenfalls kann man mit einiger Sicherheit sagen: Wenn du meinst, du bekommst alles, was dir nach deiner Überzeugung zusteht, irrst du dich. Ein der Entlastung der Gerichte dienlicher Rat könnte bei dieser Lage der Dinge sein: Führe möglichst keinen Prozeß; der außergerichtliche Vergleich oder das Knobeln erledigt den Streit allemal rascher, billiger und im Zweifel ebenso gerecht wie ein Urteil. Das heißt bei allem Ernst: Unter den in der Bundesrepublik obwaltenden Verhältnissen vor den Gerichten Gerechtigkeit zu fordern, ist illusionär.

(Bundesverfassungsrichter a.D. Willi Geiger, Karlsruhe, in einem Beitrag in der „Deutschen Richterzeitung), 9/1982m S. 325)

Abwege der Gesetzgebung

In der **Türkei** wird strafrechtlich verfolgt, wer einen türkischen Völkermord des Jahres 1915 an den Armeniern zugibt. Dies geschah noch unlängst dem Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuck. Als wenn mit einem solchen Strafgesetz der Völkermord an den Armeniern ungeschehen gemacht werden könnte.

In **Frankreich** wird genau umgekehrt unter Strafe gestellt, wer diesen Genozid bestreitet. Eine Tatsache zu bestreiten ist Dummheit oder Irrsinn. Dafür braucht es kein Gesetz, allenfalls eine psychiatrische Behandlung.

Nach einem EU-Beitritt der Türkei und bestehendem EU-Haftbefehl könnte dir Türkei nun verlangen, daß die Franzosen, die den Völkermord an den Armeniern behaupten, an die Türkei ausgeliefert werden, und umgekehrt könnten die Franzosen verlangen, daß die den Völkermord bestreitenden Türken nach Frankreich ausgeliefert werden. Das wäre nicht nur ein Rollentausch, sondern ergäbe eine Art Umsiedlung der beiden Völker.

In **Deutschland** macht sich strafbar

a) wer eine von den Nationalsozialisten begangene Straftat leugnet,

b) wer Positives über den Nationalsozialismus sagt – ihn verherrlicht. Welche Straftaten im Dritten Reich begangen wurden, das bestimmt ein Gericht. Kommt ein Historiker zu anderen Ergebnissen, so macht er sich strafbar.

Diese Gesetze verhindern die sachliche Erforschung der Zeitgeschichte. Darüberhinaus wird hier aber in aller Schärfe deutlich der Verlust der kostbarsten Tradition Europas, seine Rechtstaatlichkeit und das freie Geistesleben. Sie gehen unter in der Anmaßung von Politik und Justiz.

UH



Neuerscheinung zum Prozeßauftakt und zum zweiten Geburtstag in Haft:

Freiheit für Germar Rudolf – Jagd auf einen Wissenschaftler

Herausgeber: V. Neumann und P. Willms

240 Seiten, A5, mit Fotos u. Faksimiles, Einzelpreis: 18,00 Euro, ab 5 St.: je 14,00 Euro inkl. Porto

Bestellungen durch Überweisung des Betrags mit Stichwort: „Book Freiheit" an:

HSBC Bank, Kto. Nr. 40-45-32, Bank Code 11428985

IBAN: GB26 MIDL 404532 11428985, BIC: MIDL GB 21 60 N

Überweisungen mit BIC und IBAN sind gebührenfrei. Der Erlös kommt dem Rechtshilfefond von Germar Rudolf zugute.

Das Buch faßt die wichtigsten Artikel zusammen, mit denen Germar Rudolf zwischen 1994 und 2003 seine politische Verfolgung beschrieben und analysiert hat, u.a. auch die Serie aus den VffG: „Jagd auf Germar Rudolf" sowie eine Rückschau, wie alles begann. Der Leser erhält so einen umfassenden Überblick über das Wirken von Germar Rudolf – wie auch über den Staat, der einen Diplom-Chemiker wegen wissenschaftlicher Befunde verfolgt. Das leicht lesbare Werk soll in großer Auflage erscheinen und damit auch die Verteidigung Germar Rudolfs unterstützen, wenn ab Mitte November 2006 in Mannheim erneut ein politischer Prozeß gegen ihn eröffnet wird. Der Erlös kommt Germar Rudolfs Rechtshilfefond zugute.

Fortsetzung des 1. Bernauer Auschwitzprozesses

Zu Beginn des achten Verhandlungstages am 27. September 2006 wurden erst einmal alle von Rechtsanwältin Sylvia Stolz und den übrigen Prozeßführern gestellten Anträge abgelehnt mit dem Hinweis, daß alle Anträge „unerheblich" seien. Darunter war auch Gerd Walthers Antrag, den Prozeß solange auszusetzen, bis Ergebnisse der im Dezember zu erwartenden Teheraner Holocaustkonferenz vorliegen. Daraufhin stellte er folgenden weiteren Antrag:

„Nachdem **Richterin Kroh** im Rahmen ihrer Ablehnung aller Anträge der Verteidiger und aller Angeklagten erläuterte, daß alles ohne Bedeutung sei, soll das Gericht seinerseits erklären, was es von Bedeutung hält, damit sich die Angeklagten entsprechend verteidigen können".

Auch dieser Antrag wurde im Verlaufe des Verhandlungstages abgelehnt. Diesmal mit dem sagenhaften Hinweis, daß das Gericht dafür keine Begründung abzugeben brauche und auch keine Erörterung darüber stattfinden wird. Die fehlende Erörterung wurde auch nicht begründet. Das wiederum animierte **RA'in Sylvia Stolz** in ihrem Plädoyer zu der Frage, ob denn für Holocaustprozesse überhaupt noch Juristen gebraucht werden.

Nach der amtlichen Feststellung der gerichtlichen Bedeutungslosigkeit wurde die nicht vorhandene Beweisaufnahme vom Gericht für beendet erklärt und **Staatsanwalt Ulrich Schierding** erhielt das Wort für sein Plädoyer. Dieses bestand aus einem einzigen, akustisch nicht ganz verständlichen Satz. Ein Rekord in der BRD-Gerichtsgeschichte: Ein Plädoyer zur Sache von weniger als eine Minute. Gleichwohl forderte er eine Geldstrafe von 120 Tagessätzen, nachdem er erst einmal viele Fakten aufzählte, die für die Angeklagten sprechen würden.

Anschließend begannen die Plädoyers der Prozeßführer. Es begann RA'in Sylvia Stolz in bekannt ruhiger, aber einprägsamer Manier. Zunächst stellte sie fest, es solle hier eine Meinung bestraft werden und keine Tat wie Mord oder Diebstahl. Sie stellte die Frage, was ist hier eigentlich los bezüglich der Meinungsfreiheit? Und beantwortete gleich selbst: Im Namen der Meinungsfreiheit werden die Angeklagten für ihre Meinung bestraft. Für was sie bestraft werden, bliebe jedoch unklar. Was haben die Angeklagten denn geleugnet? Das Gericht hätte alle diesbezüglichen Anträge ohne Sinn und Verstand abgelehnt. Was von Bedeutung gewesen sei, sei vom Gericht nicht erörtert worden. Insoweit lehne sich das Bernauer Gericht ganz dem Stile des Nürnberger Prozesses an, das ein mosaisches Verfahren ohne Begründungen gewesen sei. Die in Nürnberg agierenden Besatzer wollten dem Deutschen Volke keine Freiheit bringen, sondern ihre Macht erhalten. Das ge-

schah und geschieht vor allem durch die Umsetzung der Protokolle der Weisen von Zion.

Sylvia Stolz stellte weiter fest, hier in Bernau sei nicht einmal versucht worden, die Bezugstat, nämlich sogenannte nationalsozialistische Verbrechen, zu untersuchen. „Wird da noch gedacht?" fragte sie. Das gelte auch für den Vorwurf, die Angeklagten hätten die Tat „billigend in Kauf genommen". An die Adresse des Staatsanwaltes fragte sie: „Schon mal gehört, daß man ‚billigend in Kauf nehmen' kann nur eine eigene Tat wie Diebstahl oder Totschlag"?

Ebenso konfus verhalte sich der Staatsanwalt mit dem Begriff des „Leugnens". Leugnen heiße wider besseres Wissen abstreiten. Dazu sei aber im Prozeß nichts vorgetragen worden. Hier hätten wir es mit Denkinquisition zu tun. Zur Frage der Offenkundigkeit des Holocaust oder seine tatbestandliche Voraussetzung herrsche hier Stillschweigen, da man wisse, es ist nicht haltbar.

Abschließend machte Sylvia Stolz klar, daß sie nicht annimmt, daß Richterin Kroh per se Unrecht sprechen will, sondern dazu von der OMF-BRD-Diktatur gedrängt werde. Insoweit habe nun Richterin Kroh den „Schwarzen Peter". An die Richterin wurde appelliert sich von der BRD-Inquisition, die reine Barbarei und vorschreibe, daß schwarz weiß sei, zu lösen, damit sie „noch in den Spiegel sehen könne". Das sei zwar nicht einfach angesichts von zu erwartenden Repressalien des Holocaustsystems, muß aber von einer Juristin erwartet werden.

Nach Sylvia Stolz plädierten die Prozeßführer **Wolfgang Hackert**, **Gerd Walther**, **Rainer Link** und **Dirk Reinecke** für sich selbst. Jeder machte auf seine Weise deutlich, daß normalerweise nicht sie auf die Anklagebank gehören, sondern die „Bundesrepublik Deutschland", vertreten durch Staatsanwalt Ulrich Schierding. Klassisch formulierte es Reinecke: „Uns Angeklagten tut das Urteil nicht weh, aber Ihnen". Die Reden wurden immer wieder durch Beifall aus dem Zuschauerraum begleitet. Richterin und Staatsanwalt waren sichtlich ergriffen. Selbst die von der jüdisch-amerikanischen Besatzungsmacht entsandten Zuschauer verspürten eine Atmosphäre wie im Sommer 1989 in der DDR. Besonders ihr „Professor für Rechtsextremismus" vom Antisemitismusinstitut der Technischen Universität, **Rainer Erb**, zeigte durch sein ständiges Hin- und Herrutschen auf seinem Stuhl, daß er seine Felle wegschwimmen sah.

Am späten Nachmittag unterbrach Richterin Kroh die Verhandlung und kündigte für

Mittwoch, den 11. Oktober 2006 um 11 Uhr im Saal 243 des Amtsgerichts Bernau, Breitscheidstraße 50

eine geheimnisvolle Entscheidung an. Das muß nicht unbedingt das Urteil sein. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang erwähnungswert, daß die Richterin einmal ausdrücklich während des Verhandlungstages darauf hinwies, daß sie „das Wort ‚Offenkundigkeit des Holocaust' nicht benutzt" habe.

Gerd Walther (Berichterstatter)

Das Urteil lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Wenn all diejenigen, die über die Zustände in Deutschland trauern, jammern und klagen, etwas für Deutschland tun würden, sähe es in diesem Land besser aus.

Was können sie tun?

Erstens: sie könnten zu den immer in der „Stimme des Gewissens" auf den VRBHV-Seiten angezeigten Gerichtsterminen anreisen, um zu bekunden, daß sie hinter den Angeklagten stehen.

Zweitens: sie könnten sich denjenigen anschließen, die bereit sind, in der Öffentlichkeit deutlich zu sagen, daß sie die Lügen durchschauen und für die Wahrheit aufstehen.

Drittens: sie könnten Mitglied im Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV) werden. Durch den Mitgliedsbeitrag helfen sie immer mehr Prozeßbegleitung zu finanzieren.

Neben diesen ganz konkreten Tätigkeiten gilt es aber, einige grundsätzliche Überlegungen anzustellen: Was ist eigentlich Demokratie? Von Platon über Friedrich Schiller, Rudolf Steiner und Noam Chomsky (also bis in die Gegenwart hinein) wird ihr bescheinigt, daß sie in die Diktatur mündet und das Herrschaftsmittel des Kapitals ist.

Wie dem deutschen Volk, so wird auch allen anderen Ländern, wenn sie in die EU aufgenommen werden wollen, diese Ordnungsform des Gemeinwesens mehr oder weniger aufgezwungen.

Kann von einer solchen Staatsform die Interessenvertretung des jeweiligen Volkes erwartet werden?

Sind die von ihr erlassenen Gesetze, Verordnungen und geschlossenen Verträge nicht immer Machenschaften der Volksfeinde?

Wir müssen uns also die grundsätzliche Frage stellen: Ist die Regierung in diesem Land **unsere** Regierung? Ist sie das nicht, sondern Handlanger der Siegermächte, dann ist es illusorisch, an sie zu appellieren, um Verbesserungen für das deutsche Volk zu erreichen.

Ein richtiges Denken führt notwendig zum entschiedenen Handeln.

Ursula Haverbeck

Holocaust: „Wir wissen erst 20 Prozent"

Zur Tagung des neuen „Wiesenthal-Instituts" war der Begründer der Holocaust-Forschung, Raul Hilberg, in Wien (STANDARD-Interview, auch in: http://derstandard.at/?url=/?id=2475608 vom 9.6.06)

STANDARD: Herr Hilberg, weiß man heute so gut wie alles über den Holocaust?

Hilberg: So gut wie 20 Prozent. Hierzulande und natürlich in Deutschland ist der Fortschritt schon größer, aber wenn man nach Tschechien geht, weiß man noch fast gar nichts. Die Akten sind noch nicht zugänglich. Wir wissen überhaupt nicht sehr viel über den Osten. Zweitens wissen wir nicht sehr viel über manche Organisationen – die Organisation Todt (Zwangsarbeit, Anm.) reichte von den Kanalinseln bis zum Süden der Ukraine. Und über das Leben der jüdischen Gemeinden wissen wir sehr wenig. Es wurde nicht so geforscht, weil man bestimmte Dinge – daß die Armen zuerst starben und dann erst die Wohlhabenden – nicht so genau wissen wollte. Und was ist vor allem mit diesen vielen, vielen Zuschauern?

STANDARD: Man weiß immer noch nicht genau, was genau die Menschen hier gewußt, geahnt haben.

Hilberg: Man müßte die Privataufzeichnungen direkt den Nachkommen abkaufen. Aber man kann noch forschen: Wer erhielt das jüdische Gut, das versteigert wurde? Ich rede nicht von Kunstwerken, die hat man seit jeher gestohlen, sondern auch von Radioapparaten usw.

STANDARD: Das heißt, die Vergangenheit wird nicht vergehen?

Hilberg: Sie wird nicht vergehen, es gibt immer neue junge Forscher.

STANDARD: Ein Thema der Wiesenthal-Tagung war sein Memorandum an die Regierung vor 40 Jahren, daß Österreicher überproportional in den Holocaust verwikkelt waren.

Hilberg: Die guten Posten in der Verwaltung waren ja schon besetzt. Das meiste, was man den Ostmärkern an Posten geben konnte, waren diese „Kolonien": Niederlande, Serbien, Galizien. Der Goebbels hat die Österreicher bewundert, wie schnell und musterhaft sie das in den Niederlanden gemacht haben. Und dann war natürlich Polizei und SS. Jedenfalls findet man in Eichmanns Apparat ziemlich viele Österreicher. Im Heer, im Osten, sieht man sie in Kommandanturen, wo sie mit der Zivilbevölkerungen zu tun hatten. Ich würde nicht sagen, überrepräsentiert, weil niemand hat sie noch gezählt. Aber sie sind über ganz Europa zerstreut und bilden ein Netzwerk. Wiesenthal war ja in Polen als Zwangsarbeiter. Und wo er war, waren Österreicher. Er konnte daraus schließen, daß sie überrepräsentiert waren.

STANDARD: Soll man David Irving wegen Holocaustleugnung einsperren?

Hilberg: Ehrlich gesagt nein, er ist ein Hochstapler.

STANDARD: Ja, als Historiker. Aber er liefert den Holocaustleugnern Legitimation. Soll man Holocaustleugnung überhaupt unter Strafandrohung stellen?

Hilberg: Meiner Ansicht nach nicht. Ich bin für die Freiheit auch dieser Leute. Man kann sogar von ihnen lernen. Sie sagen wie die Kinder: Beweis' das. Und wir müssen es beweisen.

STANDARD: Die andere Seite ist, daß die Holocaustleugnung dann doch Teil des öffentlichen Bewußtseins wird.

Hilberg: Ich verstehe dieses Argument: Der Alkoholiker darf keinen Tropfen mehr trinken. Ich weiß, daß gewisse Gefahren bestehen, aber es hat mir zum Beispiel nichts ausgemacht, daß ich auf der ersten Seite der Deutschen National- und Soldatenzeitung als Vertreter der Auschwitz-Lüge genannt wurde.

STANDARD: Was sagen Sie zum iranischen Präsidenten Ahmadi-Nejad, der den Holocaust leugnet und sagt, die Juden sollen nach Europa zurückgehen.

Hilberg: Auch ein Blödsinn.

STANDARD: Nicht mehr?

Hilberg: Das hatten schon die Araber vor langer Zeit gesagt. Die Araber sagten, es wurden Juden ermordet, aber dann kamen sie zu uns und machten mit uns dasselbe. Mit den Iranern ist das natürlich verrückt, weil es dort keine Juden mehr gab. Ich glaube, Ahmadi-Nejad kennt sich in der Geschichte nicht aus. Das ist manchmal schon gefährlich. Man muß alles ernst nehmen, muß es beobachten, aber nicht überschätzen.

STANDARD: Glauben Sie, daß es den Antisemitismus immer geben wird?

Hilberg: Das ist eine Ideologie des 19. Jahrhunderts. Varianten werden immer noch erscheinen, aber die Ideologie als solche war schon bankrott. Man muß natürlich auf alles aufpassen, sie können doch Kernwaffen herstellen, man kann sich nie isolieren, das haben wir schon gelernt in Amerika.

Das Interview führte Hans Rauscher

Zur Person: Raul Hilberg, der vor wenigen Wochen 80 Jahre alt wurde, sagte einmal: „Ich kann auf ein Warum (des Holocaust, Anm.) nicht antworten, weil ich lebenslang nur erforschte, was geschah." Er ist der Begründer der Holocaust-Forschung, die er zunächst praktisch allein betrieb, ohne auf viel Zustimmung oder auch nur Interesse zu stoßen. Auch in Israel stieß sein Werk ursprünglich auf Ablehnung, weil man die Juden nicht als hilflose Opfer sehen wollte.

Deutsche Soldaten schänden Tote

Die Deutschen sind sowohl bei den Arabern als auch insbesondere in Afghanistan beliebt. Das hat eine lange Tradition, vergleiche „Stimme des Gewissens“ Nr. 3/2006 mit dem Beitrag von Veltheim-Ostrau (S. 2).

Diese Beliebtheit gilt aber offenbar auch für die deutschen Soldaten. Das steht ganz im Gegensatz zu der Beurteilung der Engländer und Amerikaner. (Die Ablehnung der Engländer rührt schon von deren Kolonialpolitik im 19. Jahrhundert her, vergleiche das Gedicht von Theodor Fontane „Das Trauerspiel von Afghanistan“, Stimme des Gewissens 3 / 2006, S. 4)

Nun haben die, nach Vater Bush allein für die Weltherrschaft moralisch ausgerüsteten, Vereinigten Staaten von Amerika es natürlich nicht gern, daß jemand anderes mehr geschätzt wird als sie selber. Das muß geändert werden.

Schnell ist eine willfährige Zeitung gefunden – in diesem Fall die Bild – die bereit ist, einen bebilderten Beitrag über ein Geschehen zu bringen, das vor drei Jahren im fernen Afghanistan stattfand. Sie berichtet, wie deutsche Soldaten einen Totenschädel usw. zeigten und fotografierten. Vielleicht taten sie dies im Rausch oder Übermut? Die Zeitung aber ist sich sofort sicher, daß dieses eine skandalöse Totenschändung sei, die das gute Verhältnis zu den Moslems, und insbesondere zu den Afghanen, schwer belastet. Und so wird es auch sofort von der Bundesregierung aufgegriffen, und von allen Medien ertönt es: eine schwere Beleidigung der Moslems, und insbesondere der Afghanen, ist durch deutsche Soldaten geschehen. Wir müssen mit Gegenmaßnahmen nicht nur in Afghanistan gegen die dort stationierte deutsche Truppe, sondern auch in der Bundesrepublik rechnen.

Und immer wieder wird tagelang von der Presse – wohlbemerkt der deutschen Presse – wiederholt, wie sehr die Araber, Moslems und auch die Afghanen sich durch die deutschen Soldaten beleidigt fühlten.

Lieber Leser, merkst Du etwas?

Der Krieg gegen Deutschland geht weiter. Freunde der Deutschen sind gefährlich, sie könnten Verbündete werden. Es gilt also darum, das mit allen Mitteln zu unterdrücken und zu verhindern. Und da die Deutschen sich immer besonders betroffen fühlen, wo Menschlichkeit und Gerechtigkeit verletzt werden, spielt man dieses vor drei Jahren angeblich beobachtete Fehlverhalten – bevor es überhaupt untersucht worden ist – von sechs Bundeswehrsoldaten in Afghanistan jetzt als Trumpfkarte aus.

Daß dies genau zu dem Zeitpunkt geschieht, wo über einen verstärkten Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Bundesparlament beschlossen wird, ist ebenfalls kein Zufall. Außerdem gibt es die Möglichkeit, den höchst fragwürdigen Kabinettsbeschluß über die deutsche Beteiligung am Antiterrorkampf „enduring freedom“ sozusagen gesellschaftsfähig zu machen, denn nun müßten wir verstärkt auch im Inland mit Terroranschlägen gegen Deutsche rechnen.

So einfach ist das. Doch da dergleichen inzwischen wiederholt geschah, ist zu hoffen, daß die Bundesbürger solche Mitteilungen inzwischen mit Vorbehalt und nachhaltiger Skepsis entgegennehmen.

Ursula Haverbeck

Es ist nicht unser Krieg

Eine notwendige Distanzierung, der sich die Redaktion der „Stimme des Gewissens“ voll anschließt.

Geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Sie beabsichtigen erneut deutsche Soldaten für fremde Interessen einzusetzen.

Sie und andere Regierungsmitglieder äußerten im Zusammenhang mit den Kriegshandlungen in Nahost zum wiederholten Mal, daß die Bundesregierung (nicht gleichzusetzen mit dem deutschen Volk) ohne Einschränkung an der Seite Israels stehe. Mit dieser einseitigen Parteinahme, Frau Dr. Merkel, haben Sie die Möglichkeit einer Teilnahme unserer Soldaten an einer „neutralen“ Friedenstruppe ausgeschlossen. Unsere Soldaten werden – dank Ihrer Botschaft – als Verstärkung der israelischen Armee / als Kriegspartei – verstanden und auch so wahrgenommen werden. Sie haben den Blick für die Realität verloren.

Die BBC hat eine Aufstellung über Israels gewollte Zerstörung der libanesischen Infrastruktur geliefert. Bis jetzt enthält sie 3 bedeutende Flughäfen, 3 wichtige Häfen, mehr als 5000 Privathäuser, 62 Brücken, 22 Tankstellen, 72 Überführungen, 3 Dämme, 4 TV- und Kommunikationsanlagen, 3 Hauptkraftwerke, 150 private Firmen, einschließlich einer Papiertuchfabrik, einer Milchfabrik und einer Flaschenfabrik. Was hat all das mit Kampf gegen den „Terrorismus“ zu tun? Gemäß Genfer Konvention sind solche Angriffe Kriegsverbrechen. (Quelle: The Privateer, NR. 558, Anfang August 2006).

Israel bombt und wir nehmen die Flüchtlinge auf?! Die, auch von Ihnen, aus einer unseligen Vergangenheit abgeleiteten moralischen Verpflichtungen Deutschlands enden spätestens dort, wo die Lebensinteressen des

eigenen Landes und des eigenen Volkes bedroht sind!

Der jüdische Politologe und Publizist Alfred Grosser sagt in einem Interview der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung", Israel begeht im Libanon nichts anderes als Kriegsverbrechen. Frau Dr. Merkel, Sie wollen deutschen Soldaten befehligen, sich an Kriegsverbrechen zu beteiligen und gefährden das Leben dieser jungen Menschen! Ich verwahre mich dagegen, daß Sie diese Entscheidung im Namen der Deutschen treffen. In meinem Namen und der meiner vielen Freunde nicht! Ich bin überzeugt, daß eine große Mehrheit unseres Volkes Ihr Treiben nicht billigt.

Privat bleibt Ihnen, Ihren Regierungsmitgliedern und allen Abgeordneten des Deutschen Bundestages unbenommen, sich selbst einzubringen. Z.B. die Jüngeren gehen selbst, die Älteren schicken die eigenen Kinder, Enkel, Nichten und Neffen als „Freiwillige" an die Front.

Leserbriefe u.a. aus der F.A.Z. geben in deutlichen Worten die Sorge und den Unmut vieler Deutscher wider. Frau Evelyn Hecht-Galinski schreibt „Ich bin schmerzlich betroffen und entsetzt". Auch ich, Frau Bundeskanzlerin, bin betroffen und entsetzt über diese deutsche Bundesregierung und ihre willigen Helfer im Deutschen Bundestag.

Sage niemand, er habe es nicht gewußt!

In beklemmender Sorge

Ulla Lang

Neue Angriffskrieger in Deutschland

Neue „schnelle Eingreiftruppe" der USA in Bayern

Wie die CSU am Freitag freudig mitteilte, hat der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber die Soldaten der neuen, im deutschen Bundesland Bayern stationierten Stryker-Brigade des US-Militärs „willkommengeheißen".

"Bayern bietet den US-Streitkräften optimale Ausbildungs- und Trainingsbedingungen, eine hervorragende Infrastruktur und eine enge und gute Zusammenarbeit", so Stoiber.

Allein in Eschenbach solle für etwa 3.600 US-Soldaten und deren Angehörige für rund 300 Millionen Euro die „New Town", eine eigene Gemeinde mit 830 Doppelhaushälften und Reihenhäusern, gebaut werden. Insgesamt seien für den Ausbau der beiden Übungsplätze von Grafenwöhr bis zum Jahr 2008 Ausgaben von mehr als einer Milliarde Euro geplant.

Die Tatsache, daß das Arsenal in Grafenwöhr das größte in Europa ist, sei ein Beweis für „die hohe Wertschätzung des US-Militärs für diesen Standort", sagte Stoiber.

Bei dem nun in Vilseck stationierten 2. Regiment der US-Kavallerie handelt es sich um eine „schnelle Eingreiftruppe", deren erklärtes Ziel es ist, möglichst schnell weltweit auf „Krisen reagieren" zu können, was zweifellos nicht weniger bedeutet, als daß es sich hier um eine Einheit handelt, die bei zukünftigen Angriffskriegen mit als erste eingesetzt werden wird. Die Tatsache, daß diese in Deutschland nicht nur geduldet, sondern sogar ausdrücklich von Stoiber willkommengeheißen wird, könnte die bedingungslose deutsche Unterstützung für von den USA geführte Angriffskriege kaum deutlicher machen.

Einmal mehr scheint dies ein Zeitpunkt, da es dringend geboten ist, auf Artikel 26 des deutschen Grundgesetzes hinzuweisen. Dort heißt es:

"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Zu beachten ist hier, daß dieser Artikel sich keineswegs auf Handlungen einer deutschen Regierung beschränkt. Im Zweifelsfall ist hier - dem Gedanken des infolge des verheerenden 2. Weltkriegs verfaßten Grundgesetzes folgend - zweifellos anzunehmen, daß dies auch in Deutschland geduldete ausländische Truppen betrifft. Nun machen die USA aus ihrer Angriffsdoktrin - auch wenn diese den Deckmantel von „Präventivschlägen" trägt - keinerlei Hehl. Dies läßt wiederum nur den Schluß zu, daß eine deutsche Bundesregierung wie auch Landesregierungen, die die Stationierung solcher Einheiten - wie auch beispielsweise Überflugrechte für die an einem Angriffskrieg beteiligte US-Luftwaffe - genehmigen, sich einer eklatanten Verletzung des Grundgesetzes schuldig machen.

Altpräsident gegen rechts

Richard von Weizsäcker, Altbundespräsident, hat zur Beteiligung an Protesten gegen den im brandenburgischen Halbe geplanten Neonazi-Aufmarsch zum Volkstrauertag aufgerufen. Es sei „unerträglich, daß in Halbe Neonazis mit ihrem absurden ,Heldengedenken' den Nationalsozialismus verherrlichen." Damit werde den auf Deutschlands größter Kriegsgräberstätte in Halbe beigesetzten Opfern des Krieges die Totenruhe geraubt. „Der 18. November soll der Tag der Demokratie sein", so Weizsäcker.

Schaumburger Zeitung, 7.11.2006

Nicht zugelassener, gentechnisch verändertert Reis in jeder fünften Probe

Daß gentechnisch veränderte Pflanzen sich unkontrolliert ausbreiten und zudem in die Lebensmittelkette gelangen können, ist gerade erst wieder deutlich geworden. Gentechnisch veränderter Reis aus den USA und aus China ist, obgleich nur auf kleinen Flächen und zu Versuchszwecken angebaut, in Europa aufgetaucht. In Europa ist bislang keine gentechnisch veränderte Reissorte zugelassen. Die Sorte LLRice 601 aus den USA stammte von Bayer Cropscience. Das Unternehmen hatte die Freilandversuche mit der Reissorte bereits 2001 eingestellt, die mit dieser Sorte kontaminierten Reisproben fanden sich jedoch in einer Ernte aus dem Jahr 2005. Bei der Untersuchung von Reisprodukten aus China wurden von den Umweltschutzorganisationen Friends of the Earth und Greenpeace unter Berufung auf Laboruntersuchungen Verunreinigungen mit illegalem Gentech-Reis in Deutschland, Frankreich und England gefunden, und zwar bei Reisnudeln oder -crackern. Mögliche Allergierisiken der mit dem Bt-Toxin ausgestatteten Reissorte sind bislang unklar.

Am gestrigen Montag berichtete die EU-Kommission, daß bei einer Untersuchung des europäischen Verbands der Reismühlen von 162 Proben bei importiertem Reis aus den USA 33-mal der in der EU nicht zugelassene gentechnisch veränderte Reis LL601 entdeckt wurde. In der im Hafen Rotterdam seit zwei Wochen festgehaltenen Schiffsladung Reis (20 Tonnen) aus den USA wurde ebenfalls LL601 gefunden. Die EU-Kommission will auch den Hinweisen auf den aus China stammenden Reis nachgehen. Greenpeace berichtet, daß bei Langkornreis der Marke Bon-Ri von Aldi Nord ebenfalls LL601 gefunden wurde. LL601 enthält ein Protein, das die Pflanze gegen Unkrautvernichtungsmittel immun machen soll, aber nicht für den menschlichen Verzehr zugelassen ist.

Das deutsche Verbraucherschutzministerium bereitet im Zuge der in der Koalitionsvereinbarung beschlossenen Aufwertung der „grünen Gentechnik" eine Veränderung des Gentechnikgesetzes vor. Vor allem sollen die Haftungsregeln für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen gelockert werden. So sollen Gentech-Bauern erst ab einer Verunreinigung von 0,9 Prozent haften. Die gesamtschuldnerische Haftung soll allerdings erhalten werden, unklar ist, ob und in welcher Form ein Haftungsfonds eingerichtet wird. Besonders umstritten ist der geplante Grenzwert von 0,9 Prozent, denn vielfach werden schon von Einkäufern bei Verträgen mit Landwirten weit darunter liegende Grenzewerte verlangt.

Noch bevor der Entwurf zur Umsetzung der EU-Freisetzungsrichtlinie von Verbraucher- und Landwirtschaftsminister Seehofer (CSU) vorgelegt wurde, haben zahlreiche Bio-, Verbraucher-, Bauern- und Umweltverbände eine von Campact organisierte Online-Aktion gestartet, um gegen die befürchtete Verwässerung der Haftung zu protestieren. Gewarnt wird davor, daß mit einer geduldeten gentechnischen Verunreinigung von Ernteprodukten bis 0,9 Prozent „einer gentechnikfreien Lebensmittelproduktion in Deutschland die Basis entzogen" werde: „Verbraucher/innen könnten sich nicht mehr für vollständig gentechnikfreie Lebensmittel aus Deutschland entscheiden. Der Babynahrungsproduzent Hipp hat schon im Januar angekündigt, bei flächendeckendem Gentech-Anbau in Deutschland die Produktion ins Ausland zu verlegen."

Wer sich für das Anliegen der Kampagne „Genfood – Nein Danke" einsetzen will, kann auf der Webseite seinen Namen eintragen. Zudem soll er einen Unkostenbeitrag von drei Euro spenden, um damit einen „Protestballon" zu finanzieren. Tausende von Ballons sollen im Oktober in Berlin zuerst den fotogenen Schriftzug „Genfood Nein Danke" bilden und schließlich davon schweben. Damit soll die Gefahr der unkontrollierten Verbreitung der Pollen von gentechnisch veränderten Pflanzen symbolisiert werden. Gleichzeitig werden die Finder mit einer an den Ballons hängenden Karte aufgefordert, das Gesetz durch Proteste bei Politikern zu verhindern.

Entnommen: www.heise.de/newsticker/meldung/78071

Liebe Landsleute,

genauso schädlich für unser Volk wie der Zuwanderungswahnsinn ist die Bedrohung durch Genmanipulation. Seit einiger Zeit gibt es dazu von **Greenpeace kostenlose Ratgeber** wie man dieser Gefahr ausweichen kann. **Diese sind erhältlich unter: 040 / 30 61 81 20 oder Sie beschäftigen sich mit Pestiziden und Gentechnik.** Bedenkt dabei stets, was Ihr mit Genveränderung Euch und Euren Kindern antut. Tragt das Thema ins Volk, denn nur ein breiter Widerstand wird etwas bewirken.

Christian Zeller

Die Luftwaffe produziert Geisterwolken

Zum ersten Mal wird in einer Zeitung, **Neue Deister-Zeitung**, zugegeben, daß die Bundeswehr für die „Geisterwolken" verantwortlich ist. Im Untertitel heißt es: „Bundeswehr stört mit metallischen Fäden gegnerisches Radar – und narrt den Wetterdienst." (16. November 2006)

Noch im Februar hatte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums mitgeteilt: „Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß die Wolke von unseren Luftstreitkräften verursacht wurde." Außerdem sagte er, daß die Bundeswehr solche Dinge nicht mache. Jetzt aber wird zugegeben, daß die Bundeswehr sog. Düppel in der Luft ausgesetzt habe, kleine metallische Fäden, mit denen feindliches Radar getäuscht werden soll.

Jetzt wird zu klären sein, was es mit diesem feindlichen Radar über Deutschland auf sich hat.

UNO und Opium

Da sage noch einer, die Bundeswehr leiste keine gute Arbeit – schließlich sorgt sie für Ruhe an der Front, damit die armen Menschen für ihren Lebensunterhalt arbeiten können. Demokratie macht's möglich!

UNO: Opiumproduktion in Afghanistan steigt auf Rekordhoch, die Ernte wird 2006 mehr als 6000 Tonnen betragen.

Kabul: Die Opiumproduktion in Afghanistan wird nach Angaben der Vereinten Nationen in diesem Jahr ein Rekordhoch erreichen. Die Ernte werde 2006 um die 6100 Tonnen betragen, sagte der Direktor der UN-Behörde für Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung (UNODC), Antonio Maria Costa, am Samstag in der afghanischen Hauptstadt Kabul. Im Vergleich zum Vorjahr wäre das ein Anstieg um fast 50 Prozent; gleichzeitig vergrößerten sich die Anbauflächen innerhalb eines Jahres um 59 Prozent. Allein in der südlichen Provinz Helmand, wo Rebellen und Drogenbanden ihre Angriffe auf die afghanische Armee und die multinationalen Streitkräfte verstärken, wuchs die Anbaufläche um 162 Prozent auf fast 70.000 Hektar. Bas entspricht 42 Prozent der Gesamtfläche. (AFP)

Quelle: Netscape News 02.09.06

Zur Verdeutlichung: 6100 Tonnen sind 6 Millionen und 100000 kg – an einem Stück: 6100000 kg

Buchbesprechungen

In der Vorweihnachtszeit möchten wir unsere Leser auf einige wichtige Bücher hinweisen, die auch als Geschenke für jüngere Menschen sich besonders eigenen.

Eberhard und Eike Hamer (Hrsg.) „Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?", erschienen 2005, Unna

Dieses Buch wirft eine Fülle von schwierigen Fragen auf, insbesondere auch hinsichtlich der vorgeschlagenen „Korrekturmöglichkeiten von Fehlentwicklungen".

Von der Demokratie heißt es: sie sei „die politische Ordnung, welche der Menschenwürde und dem selbstverantwortlichen Menschen am meisten gerecht wird". So jedenfalls der Theorie nach, die Praxis sieht – wie auch die Verfasser feststellen – ganz anders aus. Es handle sich hierbei um Fehlentwicklungen und Mißbrauch (S. 19).

Aber könnte es nicht sein, daß die mit der Demokratie verbundenen Begriffe wie Freiheit, Menschenwürde und Eigenständigkeit – im Bild gesprochen – nur der weiße Puder auf der Wolfspfote sind, also der Türöffner, der Köder, wie im Märchen von den Sieben Geißlein? So manche Erfahrung spricht dafür, daß die Demokratie eine erste Stufe auf der Leiter zur erstrebten Globalisierung ist. (Der absolute Monarch oder auch Führer ist dafür schwerlich zu gewinnen.)

Auch die Globalisierung hat theoretisch scheinbar Vorzüge: Frieden, einheitliche Weltordnung, allgemein geltende „Menschenrechte", Freiheit. Doch auch hier sieht die Wirklichkeit ganz anders aus, das wird sehr deutlich und überzeugend in diesem Buch dargestellt. Und auch hier wird von Mißbrauch und Fehlentwicklung gesprochen. Doch ist nicht dasjenige, was sich für Mittelstand und einfachen Bürger als Fehlentwicklung, ja als Verhängnis entpuppt, für die „global players", die Oligarchen, oder sagen wir auch die „Auserwählten", das von ihnen gewünschte Ziel, das Wesen der Globalisierung? Woraus sich die Frage ergibt, ob es hier überhaupt Korrekturen geben kann.

„Eine-Welt-Herrschaft" ist immer gegen Volkswirtschaft, gegen eigenständige Handwerks- und Landwirtschaftsbetriebe, aber auch gegen die Persönlichkeitsentfaltung gerichtet. So heißt es auch folgerichtig: „Die Weltmonopolisierung ist eine ökonomische Atomgefahr", Monopole müßten verboten werden. (S. 59)

Nur wer soll / kann verbieten, wenn in dem Buch festgestellt wird: „Es gibt nämlich keine internationale Macht oder Organisation, welche globale Monopolbildung verhindern könnte." (S. 23) Und: „Es gibt keine demokratische Regierung, die gegen den Willen dieser herrschenden Medienmacht bestehen kann." (S. 51)

Diesen Feststellungen ist nur voll zuzustimmen. Sie werden noch ergänzt durch die Frage: „**Wer** kann gegen den Willen der ‚Auserwählten' nach dem unvermeidbaren Währungszusammenbruch die ‚einmalige Chance' zur Einrichtung einer neuen, unabhängigen Währungsordnung ergreifen?"

Damit landen wir unweigerlich bei der Machtfrage. Wir können uns ihr nicht länger entziehen. Ohne Macht bleiben wir eben machtlos, und die anderen herrschen.

Von der Politikerkaste können wir nichts erwarten, sie sind nur Handlanger unserer Feinde. Das wird in diesem Buch überdeutlich. Weitere Analysen und Beschreibungen des Ist-Zustandes erübrigen sich. All diejenigen, die die gegenwärtigen Zustände nicht einfach hinnehmen wollen, stehen somit vor der entscheidenden Frage, **wie die heute Mächtigen zu entmachten und die Ohnmächtigen zu ermächtigen sind.** Wo ist anzusetzen? Wie müssen die Bedingungen beschaffen sein, daß Änderungen – und zwar grundsätzlicher Art – möglich werden, und schließlich: wann beginnen wir?

Im Gegensatz zu der Beratung eines Wirtschaftsbetriebes ist eine Beratung der Politiker sinnlos, weil diese nicht die Sanierung des Betriebes, sondern seine Liquidierung anstreben, und zwar im Auftrage der „Auserwählten". Es ist dabei unerheblich, ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht.

So werden in diesem Buch eine Vielzahl von Denkanstößen gegeben und Fragen aufgeworfen, deren Beantwortung gemeinsam zu erarbeiten sein wird.

* * *

1973 erschien bereits auf französisch das Buch „**Das Heerlager der Heiligen**“ von **Jean Raspail**. Es schildert eine Bedrohung, die erst heute Wirklichkeit zu werden beginnt. Das Buch beschreibt die friedliche Eroberung Frankreichs und anschließend des Abendlandes durch die Dritte Welt, welche der Zahl nach die Mehrheit geworden ist. „Das Weltgewissen, die Regierungen, das Gleichgewicht der Zivilisationen, und jeder einzelnen, alle fragen sich – allerdings zu spät – was tun? Was tun, wenn keiner auf die Menschenwürde zugunsten des Rassestandpunktes verzichten will?

Was tun, wenn gleichzeitig jeder Mann – und jede Nation – das heilige Recht hat, seine Identität im Namen seiner Zukunft und seiner Vergangenheit und seiner Besonderheiten zu bewahren?“

Millionen Leser haben das im Tübinger Hohenrain-Verlag bereits in den achtziger Jahren erschienene Buch verschlungen, doch die Völker Europas haben wenig oder nichts getan, um der dort vorhergesagten Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren Einhalt zu gebieten. Im Gegenteil nimmt die Vision von Raspail an den Küsten Portugals und Spaniens heute erschreckende Gestalt an.

Das Buch steht unter dem Motto aus der Offenbarung im 20. Kapitel

„Die Zeit der tausend Jahre vollendet sich. Es werden die Völker von den vier Enden der Erde ausgehen, und ihre Zahl ist wie der Sand am Meer. Sie werden heraufziehen auf die Breite der Erde, und das Heerlager der Heiligen und die geliebte Stadt umringen.“

Ursula Haverbeck



Stimmen zum Buch „Saat der Zerstörung – Die dunkle Seite der Gen-Manipulation“ von F. William Engdahl
(Jochen Kopp Verlag, 2006)

„Das Buch von F. William Engdahl befaßt sich mit dem großen Thema der Gentechnisch Manipulierten Organismen (GMO), die für eine Geopolitik mißbraucht werden. Es liest sich wie ein Kriminalroman unglaublichen Ausmaßes, in dem vier große anglo-amerikanische Agrar-Industrie-Unternehmen nicht vor Verbrechen an der Menschheit zurückschrecken und über GMO die Nahrungsmittel und damit die Macht über unsere Welt gewinnen wollen. Engdahl hat akribisch genau hinterfragt und den Hintergrund und die großen Zusammenhänge überzeugend dargestellt, so daß der Leser tief ergriffen zum selbständigen Nachdenken angeregt wird. Erst wenn Gesetze auf internationaler Ebene den Genozid mit GMO bannen, wird Friede auf unserem Planeten möglich – das ist die Schlußfolgerung.“

Dr. Anton Moser, Professor für Biotechnologie, Graz (Österreich), und Vizedirektor des Österreichischen Instituts für Nachhaltige Entwicklung

„Was die Zukunftsvision der Welt von William Engdahl so erschreckend macht, ist die Tatsache, daß sie real ist. Obwohl unsere Zivilisation auf humanitären Idealen aufgebaut wurde, ist in diesem neuen neo-liberalen Zeitalter alles zu einer Waffe in den Händen einiger Magnate weltweit operierender Unternehmen und ihrer politischen Mitläufer geworden – die Wissenschaft, der Handel, die Landwirtschaft und selbst Saatgut sind betroffen. Um die Weltherrschaft zu erlangen, brauchen sie nicht mehr die primitiven und ineffektiven Methoden der Sowjets der Vergangenheit, die Massen Bajonetteschwingender Soldaten einsetzten. Sie erreichen ihre Ziele viel einfacher, indem sie die Lebensmittelproduktion kontrollieren. Wenn es ihnen darüber hinaus gelingt, das zu erreichen, was euphemistisch ‚Bevölkerungskontrolle’ genannt wird, dann ist das nur um so besser für sie. Man kann nur hoffen, daß William Engdahls Buch seinen Lesern helfen wird zu erkennen, daß wir etwas tun müssen, um diese Einbahnstraße zum Wahnsinn und zur Zerstörung der Menschheit und unserer Welt zu verlassen.“

Dr. Arpad Pusztai, weltweit führender Experte in Sachen GMO

Der Große Wendig Band II

Ein wirklich sinnvolles Weihnachtsgeschenk, das in jede Familie gehört, ist der Große Wendig. Band I lag bereits seit einem halben Jahr vor, jetzt ist auch Band II erschienen.

Der Untertitel heißt „**Richtigstellungen zur Zeitgeschichte**“. Er beginnt mit der Fortsetzung des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1943 – 1945 und reicht bis in die Gegenwart. Das Inhaltsverzeichnis ist so ausführlich, daß es gleichzeitig ein sehr gutes Sachregister ist. Sie finden darin so spezielle Fragen behandelt wie „Sebastian Haffner ruft zum Massenmord auf“ oder „Der Fall Erich Priebke“.

Dem Grabert-Verlag und den Herausgebern Dr. Rolf Kosiek und Dr. Olaf Rose gebührt unser Dank für diese aufwendige und notwendige Arbeit.

Eine Leserzuschrift

„Wunderlicher Traum von einem großen Narrennest“ (Abraham A. Santa Clara, 1703)

„Auslassungen“ (Ach – Werner Fink, Kabarettist im Dritten Reich, „Überlebender“!) zu **„Einlassungen“** von Ursula Haverbeck zu einem „BSE-Urteil“ im reichen Bielefeld

BSE = Betroffenheit, Sorge, Entsetzen. Umfang selbst ein Professor der Psycho-Pathologie, der gern „längst überholte Lehren durch neue Forschungsergebnisse überholt, revidiert und große EM (nicht Sym-!)pathie mit Polit-Richtern empfindet...“, die im Irrtum fortgehen, weil sie ihm ihre Existenz verdanken; sie müßten umlernen, und das wäre eine sehr unangenehme Sache.“ Vergleiche Goethe, Eckermanns Gespräche vom 1. Februar 1827.

Wir beziehen uns auf „Gedankensplitter“ im Schillerjahr 2005, in denen wir den aufrechten Dr. Martin Luther zitierten, der heutzutage für die Summe seiner Einlassungen zu bestimmten, hier ausgelassenen Ethnien mindestens „lebenslänglich“ (ohne Bewährung!) kassieren, mit Sicherheit aber keinen seiner „Finkenschläge“ zur Religions- und Politreformation auslassen würde. Fazit: Acht und Bann, Bravo!

Ein „Bravo!“ auch den Tausenden von Patrioten, hier vor allem der hochverehrten Grandedame des nationalen Widerstandes, Frau Ursula Haverbeck, die in Gefolgschaft berühmter historischer Rebellen wie Brant („Narrenschiff“), Erasmus („Lob der Dummheit“), Murner („Narrenbeschwörung und Schelmenzunft“), vor allem aber Abraham A. Santa Clara, siehe oben, unserer Justiz-Narrenzeit den Klartext-Spiegel vorhalten, mit vollem Risiko.

Hier scheiden sich die Geister im patriotischen Lager: Wer ganz „ausläßt“, wie wohl dasselbe denkt, für und in „geschlossenen Gesellschaften“ vielleicht auch spricht oder gar schreibt, damit aber nur wenige Gleichgesinnte erreicht, bleibt straffrei. Wer „humoristisch, satirisch, parodistisch, mit gewagten Metaphern, Kalauern“ etc. wie Abraham draufhaut, hat ebenfalls Chancen, der Inquisition zu entgehen. Wer – vielleicht sogar als „Richter“ – den „wunderlichen Traum“ von einem freien, souveränen Reich der Deutschen in tragträumerisch-wahrheitswidrige „Offenkundigkeits-Realität“ zu übersetzen meint, wird nach aller psychopathologischen Erfahrung zunächst seine Existenz sichern, muß auch gar nicht umlernen, in entsprechenden Systemen auch keinerlei unangenehme Erfahrungen machen, siehe Goethe.

Nur: ein solcher Dampfkessel kann via eigener „Stimme des Gewissens“, bei nicht zugelassenen Psycho-Ventilen, zuweilen im-, manchmal sogar explodieren. Dann wird selbst – „Prinzip Hoffnung!“ – bei systemkonformen Juristen, selten bei Politikern und Medien, „der Ton gehässig, die Satire unanständig“ (vielleicht sogar mit Fragezeichen) „gegen Moslems, Juden, ketzerische Protestanten“, siehe Abraham, und dann... ?

Dann wär's (nach gegenwärtigem „PC“-Stand!) um ihn geschehen: Ach wär' das scheen!

Haben wir (hoffentlich!) genug „ausgelassen“?

Klaus Weinschenk

Wehrhaft oder wehrlos gegen das Collegium? Podiumsgespräch zur Rolle des Rechtsstaats

Zu einem Podiumsgespräch mit prominenter Besetzung lädt das „Vlothoer Bündnis gegen das Collegium Humanum“ für den 10. November ein.

An der Veranstaltung „Wehrhaft oder wehrlos? Der demokratische Rechtsstaat im Umgang mit dem Rechtsextremismus am Beispiel des ‚Collegium Humanum' in Vlotho“ nehmen teil: Sebastian Edathy (MdB, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestags), Annelie Buntenbach (Bundesvorstand des DGB) und Bürgermeister Bernd Stute. Eingeladen ist außerdem ein Mitglied des Innenausschusses des Landes NRW. Die Moderation Dr. Zbigniew Wilkiewicz, Leiter des Gesamteuropäischen Studienwerks Vlotho.

Das seit 1963 bestehende Collegium Humanum hat sich zu einem Zentrum der extremen Rechten entwickelt, wo vor drei Jahren sogar ein „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ gegründet wurde, hieß es in der Einladung. Da die Aktivitäten dort trotz zahlreicher öffentlicher Proteste offenbar unbehelligt weitergehen, wird das „Vlothoer Bündnis“ (in dem unter anderem alle seriösen Bildungseinrichtungen der Stadt, Schulen, Parteien und Kirchen organisiert sind) mit dem Podiumsgespräch die Frage stellen, wie der demokratische Staat mit rechtsextremistischen Aktivitäten umgeht.

„Hat der demokratische Rechtsstaat bereits vor den eindeutig verfassungswidrigen Aktionen im Collegium Humanum und seinem Umfeld kapituliert? Müssen wir die von dort ausgehende Verhöhnung der Opfer des Holocaust, rassistische Hetze gegen Zuwanderer, Minderheiten und anderer Völker und die Verherrlichung des Nationalsozialismus hinnehmen? Oder bestehen doch Chancen, daß solchem Treiben ein Riegel vorgeschoben wird?“, fragt Gerhart als Sprecher des Bündnisses.

Das Podiumsgespräch findet am Freitag, 10. November, ab 20 Uhr im Pädagogischen Zentrum des Weser-Gymnasiums statt.

entnommen Westfalen-Blatt, 28./29.10.2006

Unsere Antwort auf das Podiumsgespräch:

Vlotho hat ein Problem

Wehrhaft oder wehrlos gegen das COLLEGIUM HUMANUM?

Keiner von denen, die da gegen uns demonstrieren, protestieren und hetzen kennt die Arbeit des COLLEGIUM HUMANUM.

Es wird behauptet:
Im CH werden die Opfer des Holocaust verhöhnt (s. Westfalen-Blatt, 28. 10. 06), und
Im CH wird Auschwitz geleugnet (s. Broschüre CH, S. 16).

Das ist eine Beleidigung und zudem absurd. Wir haben noch niemals die Opfer irgendwelcher Gewalttaten verhöhnt, geschweige denn einen existierenden Ort, der zu besuchen ist, geleugnet.

Aber wir wollen wissen, was in diesem Ort vor mehr als 60 Jahren tatsächlich geschah. Es gibt die widersprüchlichsten Aussagen darüber, wenn man sich nur ein wenig in der Literatur umschaut.

In Vlotho wird nur die eine Seite, die Anklage, gelesen und geglaubt. Ein gerechtes Urteil kann es so nicht geben.

Wehrhaft – das hieße, die Widersprüche öffentlich zu erörtern und sich auch den unbequemen Fragen zu stellen, aber alle unsere Gesprächsangebote wurden abgelehnt.

Wehrlos ist es, wenn in Ermangelung von Argumenten gegen das COLLEGIUM HUMANUM haßerfüllt gehetzt wird, nachts Fenster, Türen und Schlösser zerstört werden und vermummte Demonstranten Seminarteilnehmer so behindern, daß sie von der Polizei geschützt werden müssen.

Ehrlos und feige stören die Volksverhetzer schwerwiegend den öffentlichen Frieden.

Das fragwürdigste aber ist, daß die Vertreter von Stadt, Parteien und Bildungseinrichtungen dieses Vorgehen als rechtsstaatlich und demokratisch bezeichnen. Damit machen sie die Demokratie zu einer Diktatur! Oder sollte das ihr wahres Gesicht sein?
Und vielleicht noch schlimmer ist, daß die sich anschließenden christlichen Kirchen damit das Christentum verraten. Denn, selbst wenn wir Sünder wären, hätten sie in der Nachfolge Christi den Auftrag, uns anzunehmen, sich in besonderer Weise um uns zu bemühen. **(Matthäus 9, 13; Lukas 5, 32)**

Vlotho hat tatsächlich ein Problem!

Seminarplanung 2007

20.-21. Januar
Behandelte Themen: Bericht und Auswertung der Teheran-Konferenz durch Teilnehmer
Berichte über Abschluß Zündel-Prozeß und Fortgang Germar-Rudolf-Prozeß
Wer schon am Freitagabend anreisen möchte, kann dies gerne tun. Wir bitten aber in jedem Fall um Anmeldung bis zum 15. Januar.

Folgende weitere Termine sind geplant, aber noch nicht thematisch festgelegt:
9.-11. Februar / 23.-25. März Geschichtswerkstatt II (siehe Programm) / **20.-22. April** in Mosbach

Bitten notieren Sie sich die Termine, nachfolgenden drei Monate werden in Nr. Nr. 2/2007 angezeigt.

Das besondere Weihnachtsgeschenk! Ein Geschichtswerkstatt-Wochenende für die Jugend!

Es ist nicht nur ein besonderes, es ist ein notwendiges Geschenk. Die historisch gut informierten Zeitzeugen verlassen uns in immer größerer Zahl. Sie lassen ihre Enkel in einem ungeheuren Wust von Geschichtsverdrehungen und Lügen zurück.

Katyn? Da hat doch die deutsche Wehrmacht hunderttausende von polnischen Offizieren ermordet.

Nein, die Russen etwa 10.000.

Saddam Hussein? Klar, der hat doch Massenvernichtungswaffen gehortet und zusammen mit Bin Laden und seiner Al Kaida die USA bedroht.

Nein, der hatte gar keine Massenvernichtungswaffen, sagt im September diesen Jahres der Geheimdienstausschuß des US-Senats.

Aber den **Zweiten Weltkrieg**, den haben doch die Deutschen eindeutig begonnen.

Nein, die FAZ sagt jetzt, im Sommer 2006, die Polen haben ihn begonnen.

Wir wollen den Enkeln helfen, bei solchen und zahlreichen anderen zentralen Fragen etwas mehr Durchblick zu gewinnen und bieten daher eine Geschichtswerkstatt an für 16- bis 25-jährige mit den kundigen Historikern und Pädagogen **Dr. Olaf Rose** und **Bernhard Schaub**. Kein stures Pauken, sondern Lernen an Beispielen, mit Filmen und Unterhaltung.

Nur eine Investition in unsere Enkel ist eine Investition in die Zukunft!

Schenken Sie Ihren Enkeln die Teilnahme an einem solchen Seminar. Das ganze Wochenende kostet 60,- Euro einschließlich des Seminarbeitrages.

Zeit und Ort: 23.-25.3.2007 im COLLEGIUM HUMANUM.

Melden Sie Ihre Enkel rechtzeitig an, bis zum 15.3.2007. Wir können dann u.U. Fahrgemeinschaften organisieren. Anmeldungen an: COLLEGIUM HUMANUM, Bretthorststraße 204, 32602, Ruf und Fax 05733/7330

VL 0740

Unser Freund und jahrzehntelanger Mitkämpfer gegen die Atomspaltung und Atomenergie, **Walther Soyka**, verstarb kurz vor seinem 80. Geburtstag in einem Bremer Krankenhaus. Als Anti-Atom-Pionier initiierte er 1969 in Österreich das Volksbegehren gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf. Der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky nahm diese Volksabstimmung gegen Zwentendorf zum Anlaß für das österreichische Atomsperrgesetz. Walther Soyka übersiedelte dann nach Bremen, wo er als Staatsrechtler ab 1972 an der Universität Bremen unterrichtete. Seine Freunde wurden unter vielen anderen Hatmut Gründler, Prof. Hans Scheer und Frau Illies. Prof. Robert Jungk wurde durch Walther Soyka zum überzeugten Gegner der friedlichen Nutzung der Atomspaltung.

Noch im Mai 2006 sprach Walther Soyka auf einer großen Friedenskundgebung in Bremen-Nord über das Gefahrenpotential von Atomkraftwerken. Gegen diese ungeheuerliche Gefährdung der Menschheit führte er an die 3.000 Prozesse.

Bezug der „Stimme des Gewissens"
Lebensschutzinformation - LSI

Wer sich regelmäßig über Lebensschutzfragen unterrichten möchte, erhält bei Rücksendung dieses ausgefüllten Abschnittes und einer Mindestspende von EUR 17,- als Dank die „Stimme des Gewissens" für ein Jahr zugesandt.

Ich ______________________
(Name)

____
(Anschrift)

habe EUR ____________ überwiesen und bitte um Zusendung der STIMME DES GEWISSENS.

____
(Datum) (Unterschrift)

Bitte rücksenden an:
Collegium Humanum e.V.
STIMME DES GEWISSENS
Bretthorststraße 204
32602 Vlotho.

Kopieren Sie bitte Ihnen wichtig erscheinende Beiträge. Geben Sie sie weiter an Freunde und Interessenten! Quellenangabe erwünscht!

Werben auch Sie fördernde Mitglieder für den Verein Collegium Humanum und neue Leser für die STIMME DES GEWISSENS!



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.

Herausgeber, Verleger: Collegium Humanum e.V. (vormals WSL-D), Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Telefon: 05733 / 73 30
Bankverbindung: Volksbank Bad Oeynhausen, Kto.-Nr. 7815556300 (BLZ 494 900 70)
IBAN: DE 37 4949 0070 7815 5563 00 - BIC: GENODEM 1HFV
Bezugsgebühr: jährlich 17,- EUR. Erscheint 6 x jährlich (alle 2 Monate)

Jeder Autor zeichnet für seinen Beitrag selbst verantwortlich. In einem demokratisch verfaßten, eingetragenen Verein gibt es keinen Zensor.